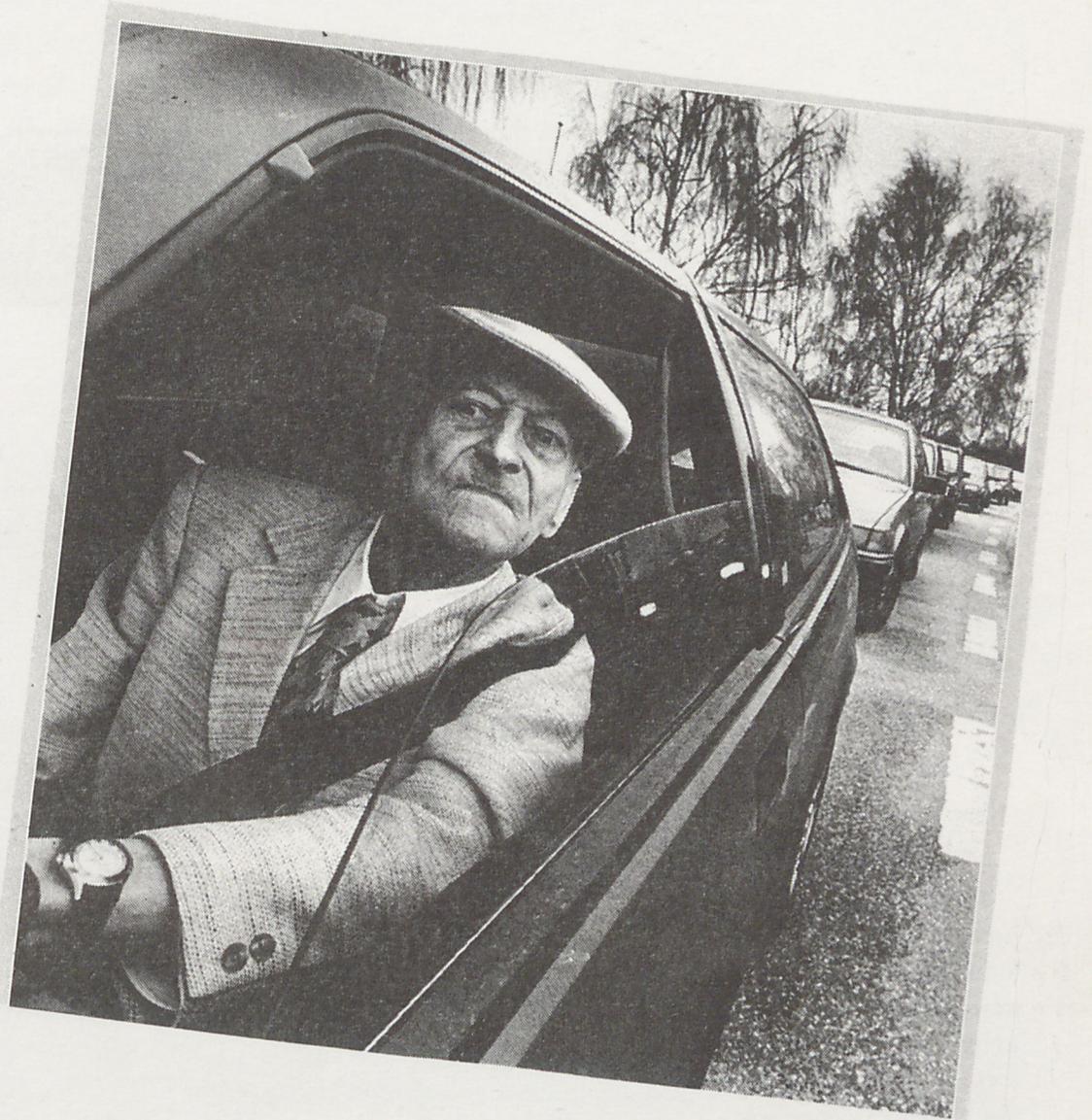


zoon politikon

Darmstädter Studierenden-Zeitschrift Nr.3/ Oktober 98



...Aufbruch in eine neue Zeit...

kein system im fehler
kein system mir fehle
keiner fehl im system
keim im systemfehler
sein kystem im fehler
ein fehkler im system
seine kehl im fyrsten
ein symfehler im sekt
kein symmet is fehler
sey festh kleinr mime

(3. Variante zu
„kein Fehler im System“;
Eugen Gomringer)

**Kein Jubel nach einer
Wahl – dagegen
Erleichterung.**

**Keine Erleichterung –
dagegen an politischer
Arbeit mehr.**

**Die Uni-Suppe kocht
euch ein. Eigene Rezepte
suchen.**

**Im Querschnitt der
Interessen Kritiken
erwartend.**

zoon politikon

• inhalt •

S. 2

Das braune Band der Tradition
Zum Burschenfestakt in der Paulskirche

S. 4

Zur Geschichte der Deutschen Burschenschaft

S. 9

Streik
Vom Nutzen der Kritik

S. 11

Delegationsbericht
über die Situation von StudentInnen und WissenschaftlerInnen in der Türkei

S. 16

Films, Films, Films
22. Open-Air-Festival in Weiterstadt

S. 19

Früchte des Streiks
Die Gelder des Hessischen Bibliothekenprogramms in den TUD-Gremien

S. 22

GEKAUFT und VERGESSEN
Eine Momentaufnahme zur Situation der Pretzelbibliothek

S. 25

Und was kommt jetzt?
Resümee der SommerUni

S. 27

You'll never walk alone!
Fußball in (bester) Gesellschaft

S. 30

Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

S.33

Nepper, Schlepper, Bauernfänger
Vorsicht, falsche Studienberater unterwegs!

S.34

Mündig
Zum politischen Mandat

S. 36

Geld ist genug da!

S. 38

Ostdeutschland – Zutritt nur für Rechte?

ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT

VON ALEXANDRA KURTH

Die Konflikte um das Paulskirchen-Jubiläum zeigen gleichsam exemplarisch den hohen Stellenwert, dem Geschichte und Tradition im Verbandsleben der "Deutschen Burschenschaft" (DB) beigemessen werden, hatte der "Schriftleiter" der "Burschenschaftlichen Blätter" **Walter Egeler** doch bereits in der Ausgabe 1/1997 getitelt: "Der geschichtlich legitimierte Anspruch steht außer Frage". Von der gleichen Prämisse ausgehend, begründete **Peter Kaupp**, Dieburger Sozialwissenschaftler und Alter Herr der "Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller-Jena", in der "FAZ" vom 16. Februar 1997 die burschenschaftliche Forderung nach einem "akademischen Festakt" in der Paulskirche unter anderem damit, daß um die 150 der insgesamt 649 Abgeordneten in der Nationalversammlung Burschenschafter gewesen seien, darunter der Präsident **Heinrich von Gagern**, was zweifelsohne historisch ebenso unbestritten ist wie die Entscheidung des Parlaments, als Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold also die Farben der "Urburschenschaft", die diese 1816 vom "Lützower Jägerkorps" übernommen hatte, zu wählen. Gleichwohl sind derlei oberflächliche Betrachtungen im Hinblick auf die historische Entwicklung der Burschenschaftsbewegung und ihre ideologische Ausrichtung nahezu belanglos.

Illegalität und 48er Revolution

In den Jahren vor der Revolution hatte sich die infolge der "Karlsbader Beschlüsse" (1819) in die Illegalität gedrängte Burschenschaftsbewegung, in der seit der Gründung der Urburschenschaft (1815) und dem "ersten Wartburgfest" (1817) sowohl aufklärerisch-liberale als auch völkisch-nationale Vorstellungen vertreten worden waren, radikalisiert, bot jedoch nach wie vor entsprechend der Studentenschaft insgesamt ein differenziertes und widersprüchliches Bild. Als dann im März 1848 in den deutschen Staaten die Revolution einsetzte, engagierten sich auch Studenten, darunter viele Burschenschafter. Sie forderten unter anderem eine konstitutionelle Verfassung, ein deutsches Parlament, Presse- und Versammlungsfreiheit, bürgerliche Ministerien und die Aufhebung der "Karlsbader Beschlüsse", vertraten also im Wesentlichen die Ziele der in den 40er Jahren des 19.

Jahrhunderts entstandenen "Progreßbewegung", wobei die meisten diese mit der im Mai 1848 zusammengetretenen Frankfurter Nationalversammlung, als erfüllt ansahen, was sich nicht zuletzt auf dem am Pfingstwochenende 1848 in Eisenach stattfindenden "zweiten Wartburgfest" zeigte, zu dem die "Burschenschaft Germania Jena" eingeladen hatte und auf dem ca. 1.200 Studenten (Burschenschafter, Corpsstudenten, Mitglieder konfessioneller Verbindungen, aber auch Nichtkorporierte) teilnahmen, um die aktuellen Ereignisse zu diskutieren. Aufgrund der politischen Differenzen, die sich quer durch alle Gruppierungen zogen, bildeten sich schließlich - analog zur Nationalversammlung - zwei Fraktionen heraus, eine "Rechte" und eine "Linke", wobei sich die Mehrheit der Burschenschafter der "Linken" anschloß, das heißt sich weitgehend hinter die Forderungen der "Progreßbewegung" stellte. Eine der zentralen Absichten dieser um Aufhebung der existierenden Unterschiede zwischen Studentenschaft und Bürgertum bemühten Bewegung, welche in erster Linie die Mitglieder der Studentenverbindungen betroffen hatte, spielte jedoch so gut wie keine Rolle mehr, nämlich die Aufhebung aller exklusiven Inhalte und Formen im studentischen Leben, beispielsweise das Duell- und Mensurwesen. Insgesamt waren die Meinungsverschiedenheiten beim "zweiten Wartburgfest" so groß, daß zwei unterschiedliche Resolutionen an die Nationalversammlung geschickt wurden: die "Gemäßigte" forderte die volle Verwirklichung des konstitutionellen Prinzips, während die "Radikale" die Konstituierung einer deutschen Fürstengewalt als "Verrat an der Volkssouveränität" bezeichnete und einen republikanischen Bundesstaat verlangte. Burschenschafter beteiligten sich auch an dem in Eisenach neu errichteten mehrheitlich progressistisch orientierten "Studentenparlament", das unter anderem für gebührenfreie Lehr- und Lernfreiheit, für die Aufhebung des Abiturmonopols, für die politische Befreiung der Studenten sowie für die soziale Öffnung der Hochschulen eintrat. Obgleich viele der hier referierten Zielsetzungen bis heute nicht verwirklicht worden sind, hatten sie für die burschenschaftliche Tradition nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution und der damit einhergehenden Niederlage der "Progreßbewegung" keinerlei Bedeutung mehr.

Mit Ausnahme des von einigen Burschenschaften

1850 gegründeten, aber bereits zwei Jahre später wieder aufgelösten "Bund der vereinigten deutschen Burschenschaften" blieb die burschenschaftliche Bewegung in den kommenden Jahrzehnten zersplittert. Anders ausgedrückt: Bis zur Gründung des "Allgemeinen Deputierten-Convents" (ADC), in dem sich 1881/82 alle Burschenschaften des wilhelminischen Deutschlands organisierten, die sich der unbedingten Satisfaktion, der Bestimmungsmensur und dem Coleurtragen verpflichtet fühlten und aus dem 1902 die "Deutsche Burschenschaft" hervorging, gab es keinen burschenschaftlichen Dachverband, stattdessen unterschiedliche Kartelle, zu denen sich einzelne Burschenschaften zusammengeschlossen hatten und die politisch im Wesentlichen das Spektrum von national-liberal bis konservativ abdeckten. Alles in allem verringerten sich die Differenzen zwischen der monarchisch-konservativen Corpshaltung und der zum Teil antifeudalen und republikanischen Burschenschaftsgesinnung zunehmend. Die Burschenschaften übernahmen Riten und Praktiken der feudal-aristokratischen Gesellschaft, indem sie etwa die Bestimmungsmensur und das Prinzip der unbedingten Satisfaktion einführten. Wie Corps und Landsmannschaften galten sie als Stützen des wilhelminischen Kaiserreiches, sorgten sie doch beispielsweise dafür, daß der männlich-akademische Nachwuchs aus dem Bürgertum adäquat im Hinblick auf gesellschaftliche Führungspositionen sozialisiert wurde.

Deutsches Wesen, deutsche Ehre, deutsches Vaterland

Für die politisch-ideologische Ausrichtung der Burschenschaften spielte weniger die 48er-Revolution eine Rolle als vielmehr das Jahr 1893, als die Redaktion der "Burschenschaftlichen Blätter" eine Neubestimmung ihrer Aufgaben vornahm: "Burschenschaftler heißt Kämpfer sein, dies geflügelte Wort möchten wir von nun ab in den 'B.Bl.' mehr zur Geltung gebracht wissen, Kämpfer sein für deutsches Wesen, deutsche Ehre, deutsches Vaterland!" Dieser programmatische Standpunkt sollte folgendermaßen umgesetzt werden: "Unter Anderem soll untersucht werden, welchen Antheil die nationalgesinnte deutsche Burschenschaft an dem Kampf gegen die vaterlandslose internationale Socialdemokratie zu nehmen hat. Bekämpft werden sollen ferner Bestrebungen, welche sich innerhalb des Reiches gegen dessen Einheit und Sicherheit richten. Den Bemühungen um Erhaltung des Deutschthums im Auslande soll nach wie vor hervorragende Beachtung geschenkt werden, insbesondere den Kämpfen der deutsch-nationalen Studentenverbindungen in Oesterreich. Die Gefahr, welche dem Germanenthum durch das immer mächtiger andringende Slaventhum droht,

wird von berufener Seite auf ihren Umfang und ihre Bedeutung hin geschildert, zugleich aber auf die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses der germanischen Völkerverbindung hingewiesen (...); der leitende Gedanke war, wie schon angedeutet, die Erhaltung des Germanenthums, als dessen Hauptstütze das einige Deutsche Reich zu betrachten ist. Über den Stand der sog. deutschen Bewegung innerhalb des Reiches soll eingehender berichtet werden, dahin gehören u. a. auch die sog. deutschsoziale Frage, die Beeinflussung deutscher Kunst und Literatur, Reinigung und Reinerhaltung der deutschen Schrift und Sprache, die Bekämpfung des rohen Naturalismus in Schriften und Kunstwerken, die Schaffung einer deutschen Kunst (...). Bewegungen, wie die sog. ethische, die Egidysche und ähnliche, sollen unparteiisch beleuchtet, den academischen Tagesfragen größere Beachtung geschenkt werden. Auch den bisher in den 'B.Bl.' fast gar nicht berücksichtigten colonialen Unternehmungen des Reiches sollen von fachkundiger Feder in Hinsicht auf ihren Stand und ihre Zukunft Aufsätze gewidmet werden."

"Rassistischer Antisemitismus"

Im gleichen Jahr begann die verbandsoffizielle Hinwendung zum rassistisch begründeten Antisemitismus. So diskutierte der zu Beginn des Jahres einberufene außerordentliche Burschentag, über den Weg zur "Judenreinheit" und beschloß, die Glaubensrichtung der aktiven Mitglieder ins Mitgliederverzeichnis aufzunehmen. Bereits zwei Jahre später gehörten dem "Allgemeinen Deputierten-Convent" keine Aktiven jüdischen Glaubens mehr an, obgleich es keinen offiziellen Ausschluß gegeben hatte. In der Verbandszeitschrift hieß es diesbezüglich: "Erst nach Beseitigung des jüdischen Elementes war eine Reform des burschenschaftlichen Lebens im deutschen Sinne möglich, erst jetzt kann die Burschenschaft wieder volksthümlich werden; Sie unterscheidet jetzt mit Recht Deutsche und Juden und läßt sich durch keine Versicherung, daß der Jude ein echter Deutscher sei oder werden wolle, mehr irre machen (...) auch die Taufe ändert bekanntlich nichts an der jüdischen Gesinnung." Ganz in diesem Sinne beantragte die Jenenser "Burschenschaft Germania" auf dem Eisenacher Burschentag (1896) folgende Satzungsänderung: "Ein hoher ADC wolle beschließen, daß in den Grundsätzen der deutschen Burschenschaft dem Abschnitt über das deutsch-vaterländische Prinzip folgender Passus hinzugefügt wird: Die deutsche Burschenschaft steht auf dem Standpunkt des deutschen Volksthums; daher können nur Studenten deutscher Abstammung bei ihr Aufnahme finden. Anmerkung: Jüdische Reichsangehörige sind nicht als Deutsche zu betrachten." Der Antrag wurde aus formalen Gründen abgelehnt, beinträchtigte

als der Verband die Burschenschaften "Alemania Bonn", "Frankonia-Bonn" und "Bubenruthia-Erlangen" ausschloß, "weil sie die Bestimmung des Allgemeinen Deutschen Waffendrings, (...) hinsichtlich der jüdisch Versippten nicht durchgeführt und durch Nichtbefolgung der dazu gesetzten Frist das Ansehen der Deutschen Burschenschaft" geschädigt hätten - sie hatten den "Arierparagrafen" nicht auf ihre "Alten Herren" angewandt, holten dies aber kurz darauf nach und legten den entsprechenden Bundesbrüdern den Austritt nahe. Nur ein halbes Jahr trat die DB wegen ähnlicher Gründe - diesmal bildeten fünf der 104 Corps den Stein des Anstoßes - mit folgender Erklärung aus dem A.D.W. aus: "Nach burschenschaftlicher Auffassung erfordern der Ernst und die Wichtigkeit der Kameradschaftserziehung, die durch den jüngsten Erlaß des Reichserziehungsministers den Korporationen anvertraut ist, von den Bünden, daß sie sich zu *kompromißlosem Eingehen auf die Linie der NSDAP in der Zusammensetzung ihres Mitgliederbestandes entschließen*. Die Deutsche Burschenschaft kann sich nicht vorstellen, daß man den studentischen Nachwuchs zu nationalsozialistischen Kämpfern erziehen und ihn doch im 'Landesvater' mit Judenstämmlingen, jüdisch Versippten und Freimaurern bundesbrüderliche Treueschwüre tauschen lassen kann. Da die Deutsche Burschenschaft den Eindruck hat, daß im Allgemeinen Deutschen Waffendring *eine Einmütigkeit in grundsätzlichen politischen und weltanschaulichen Fragen nicht hergestellt werden kann*, hat sie nunmehr den Trennungsstrich gezogen." (Herv. i. Org.) Insgesamt war die DB wie kaum ein anderer Korporationsverband bemüht, ihre "politische Zuverlässigkeit" unter Beweis zu stellen, weshalb Schwab auch in einem "streng vertraulichen Rundschreiben" die Hoffnung formulierte, daß sein Verband innerhalb der Hochschule die gleiche Stellung wie die NSDAP im Staat einnehmen könne.

Die "Zwangsauflösung": Eine Legende!

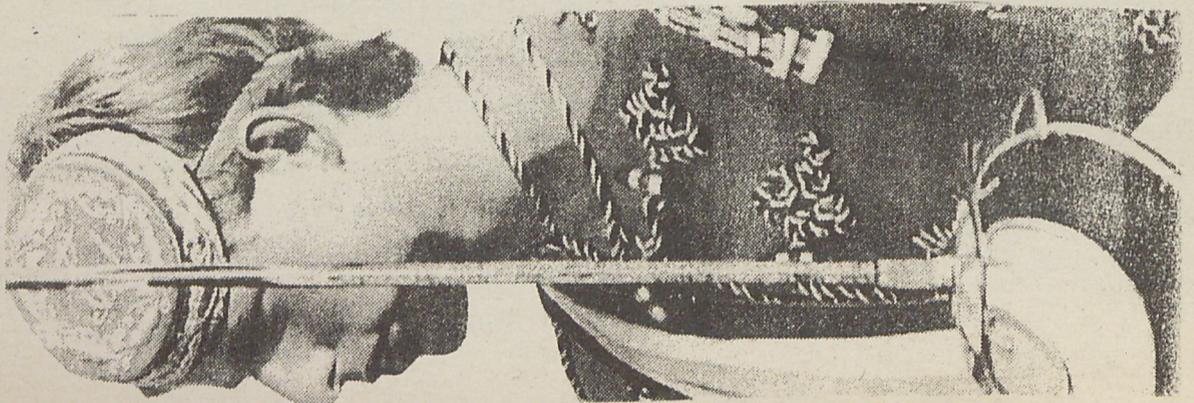
Nichtsdestoweniger wird bis zum heutigen Tag in Burschenschaftlerkreisen die Legende vertreten, der Verband sei als Gegner des Nationalsozialismus verboten worden, beispielsweise heißt es auf der Homepage der "Deutschen Burschenschaft" unter der Rubrik "Die geschichtliche Entwicklung der Deutschen Burschenschaft": "18. Okt. 1935 zwangsweise Auflösung der Deutschen Burschenschaft" Eine solche Aussage kann nur als Geschichtslüge bezeichnet

werden. Tatsächlich beschloß der Verband am 6. Oktober 1935 in Leipzig die Auflösung und übergab am 18. Oktober des gleichen Jahres dem NSDStB-Führer **Albert Derichsweiler** auf der Wartburg die Fahne der Urburschenschaft. Der Nachfolger **Schwabs, Hans Glauning** ("Germania Marburg") bekannte sich, getreu dem "Vermächtnis der Urburschenschaft", voll und ganz zum "Geist der nationalsozialistischen Revolution" und gab mit folgender Proklamation die Vereinigung bekannt:

"Auf Grund der mir am 6.10.1935 von allen Bundesleitern und Sprechern in Leipzig einstimmig erteilten Vollmacht löse ich mit dem heutigen Tag den Verband Deutscher Burschenschaften auf und stelle die aktiven Burschenschaften dem NSDStB als Kameradschaft mit der Bitte zur Verfügung, daß er die Tradition der Urburschenschaften zu treuen Händen übernehmen möge. Dies aber bedeutet: die besten Kräfte der Deutschen Burschenschaft vereinigt im NSDStB."

Der Burschenschafter Georg Heer zog in seiner 1939 veröffentlichten Geschichte der Deutschen Burschenschaft Bilanz: "So konnte denn die vereinte Deutsche Burschenschaft seit dem Ende des Weltkrieges in vorbildlicher Weise auftreten für Rasenbereinigung, für Beseitigung des Parteiwesens und der Parliamentsherrschaft, für Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und für den Schutz des Ausland- und Grenzlanddeutschtums, und sie trug nicht ohne Erfolg solche Bestrebungen auch in die gesamte Studentenschaft." Sie habe sich "als Wegbereiterin erwiesen für die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches und Zurückführung der österreichischen sudetendeutschen Volksgenossen in das nunmehrige Großdeutsche Reich durch Adolf Hitler (...)"

Dem ist lediglich hinzuzufügen, daß die Streitigkeiten zwischen DB und NS-Organisationen, insbesondere dem NSDStB nicht auf inhaltliche Differenzen zurückzuführen waren, sondern auf die Durchsetzung eines neuen, von der NSDAP organisatorisch kontrollierbaren Herrschaftsmodells. Die absolute Gleichschaltung widersprach den Vorstellungen einiger Burschenschaften, die sich in das Verbandsleben nicht hineinregieren lassen wollten. Die übergroße Mehrheit stützte jedoch aktiv das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus; Widerstand, den Einzelne geleistet haben war deshalb auch zugleich Widerstand gegen den eigenen Verband und dessen politische Praxis und kann deshalb nicht als Verbandstradition ausgegeben werden.



STREIK

VON REINHARD HEIL



Studentenprotest an der Hamburger Universität: „Defensiver Guerillakrieg“

Der Streik – bitte nicht schon wieder. Es wurde viel geredet und geschrieben über den Streik, seine Auswirkungen, sein Versagen, seinen Erfolg. Der größte Teil der Berichterstattung befand sich auf dem üblichen niedrigen Niveau. Die einen sahen die 68er wiederbelebt, die anderen sahen lediglich einige Konsumkids auf dem Egotrip.

Die Forderung, den Streik in Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Faktoren zu analysieren, wurde oft erhoben, jedoch selten erfüllt. Die Frontstellungen waren schnell bezogen: Auf der einen Seite diejenigen, denen es primär um ein sicheres und schnelles Studium und damit um eine Berufsausbildung ging, auf der anderen Seite diejenigen, die ein Bildungsideal jenseits der bloßen Ausbildung hochhielten, den Begriff Ausbildung in bezug auf die Universität vollkommen ablehnten. Beide Seiten weigerten sich, auch nur einen Schritt aufeinander zuzugehen. Dogmatisches Verharren hüben wie drüben. Einig war man sich nur in einem einzigen Punkt: so wie es im Moment läuft, läuft es verkehrt. Sicher ist, Studium bedeutet mehr als Ausbildung, die Universität ist ein wichtiges Stück Lebenswelt, sie kann großen Einfluß auf die Persönlichkeitskonstituierung nehmen. Doch das Studium ist und war auch schon immer eine Zeit der Ausbildung. Gefährlich in unserer Zeit ist die Verschiebung in die Richtung der reinen Ausbildung. Man lernt nurnmehr das „wie“ und nicht

mehr das „warum“. Anders ausgedrückt: der Anteil des Wissens ist wesentlich höher als der Anteil der Erkenntnis. Das Gespenst des sozialversagenden Fachidioten geht um. Diese Bewegung, bedingt durch die zunehmende Spezialisierung und damit Funktionalisierung der Arbeitswelt, wird sich auf jeden Fall fortsetzen. Diejenigen mit einem hehren Bildungsanspruch befinden sich auf dem Rückzug, und – ehrlich gesagt – wir stellten schon immer nur einen extrem geringfügigen Anteil der Studierendenschaft.

Was nutzt es überhaupt sich zu wehren? Wird Kritik überhaupt noch angenommen? Ist sie überhaupt noch möglich? In dem Sammelband **„Vom Nutzen der Kritik - Perspektiven der Studierenden und ihrer Proteste“** wird versucht auf einige dieser Fragen Antworten zu geben. Der Sammelband ist das Ergebnis zweier Streikkongresse die im Dezember 1997 an der Universität Hannover stattgefunden haben. Die Autoren der Beiträge sind bunt gemischt: Studierende, Lehrende, Professoren. Von neoliberalen bis hin zu eher der Kritischen Theorie verpflichteten Positionen ist alles vertreten. Angeregt wurden die Kongresse wie auch die Publikation des oben genannte Buches von Seiten der Studierenden.

Zu einer solchen konstruktiven Arbeit kam es bedauerlicherweise – aus mangelnden Interesse der Studierenden – an der Technischen Universität Darmstadt nicht. Angebote in dieser Richtung waren zwar

stadt nicht. Angebote in dieser Richtung waren zwar vorhanden, doch erreichten sie bedauerlicherweise nur eine Minderheit der Studierenden. Informationsveranstaltungen der Lehrenden wurden nur sehr spärlich besucht, genau wie die von Studierenden initiierten Arbeitskreise. Ein wichtiger Grund für das mangelnde Interesse – auch wenn es zynisch klingen mag – ist, dass es der TUD im Vergleich mit anderen Universitäten einfach noch zu gut geht. Es gibt überfüllte Veranstaltungen, zu wenige Tutorien, überlastete Lehrende, sterbende Bibliotheken etc., doch nicht in einem solch hohen Maße wie an anderen Universitäten in diesem unserem Lande. Gelöscht wird immer erst dann, wenn bereits der eigene Kittel brennt.

In "Vom Nutzen der Kritik" wird besonders auf die gesellschaftlichen Hintergründe aufmerksam gemacht, die Studierendenproteste werden in einen größeren Zusammenhang gestellt. Dies scheint teilweise sehr weit vom Thema abzuführen und für den unbedarft Lesenden stellt sich sicherlich manchmal das Gefühl ein, hier würde mit Kanonen auf Spatzen geschossen, doch ist ohne eine detaillierte Betrachtung der gesellschaftlichen Interdependenzen eine sinnvolle Kritik nicht möglich.

Hauptforderung: Mehr Peanuts

Das Aufzeigen gerade dieser Zusammenhänge ist im öffentlich wirksamen Protest leider nur sehr schwer oder gar nicht möglich. Komplexe Problemdarstellungen müssen auf fernsehtaugliche, in wenigen Se-

kunden bis Minuten darstellbare Statements reduziert werden. So ist es kein Wunder, dass der Protest oftmals auf die schlichte Forderung nach mehr Geld reduziert wurde. Nicht das wir uns falsch verstehen: Eines der Hauptanliegen des Protestes war es, die Streichungen zu verhindern oder zumindestens im erträglichen Rahmen zu halten, sprich: "Wir brauchen mehr Geld", aber dieses Anliegen war nunmal nicht das einzige, es ließ sich nur am einfachsten formulieren.

Etwas wird bei dem ganzen Gerede über der Erfolg oder Mißerfolg des Streiks immer wieder vergessen: Man kann gerne sagen das der Streik im Endeffekt die Situation an den Hochschulen nicht verbessert hat, doch steht es wohl außer Frage, dass der Zustand ohne den Streik ein noch schlechter geworden wäre. Der Brand wurde zwar nicht gelöscht, jedoch halbwegs unter Kontrolle gebracht.

Am 5. November findet um 14Uhr im Audimax eine Vollversammlung statt. Dort wird sich zeigen, ob es gelungen ist – zumindestens ansatzweise – die Studierenden zu repolitisieren. Die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt. Nach dem Regierungswechsel besteht nun zumindestens eine – wenn auch sehr geringe – Chance, daß sich einiges zum besseren wendet.

Susanne Schmidt, Marcus Havel [Hrsg.]:
**Vom Nutzen der Kritik —
 Perspektiven der Studierenden und ihrer
 Proteste**
 Hannover: Offizin Verlag, 1998
 ISBN 3-930345-14-5
 Preis: 16,80 DM

KULTUR IM AStA

Um allen kulturinteressierten Darmstädter StudentInnen die Möglichkeit zu bieten, gemeinsam Ausstellungen und Theateraufführungen zu besuchen und sich darüber auszutauschen, plant das Kulturreferat des AStA für das kommende Wintersemester die "Schaffung" eines "Kulturkreises". Wer Interesse daran hat, mehr über Ansätze und Voraussetzungen z.B. einer Ausstellung zu erfahren und diese kritisch zu hinterfragen oder sich näher mit einem Theaterstück zu befassen, dem/der soll dieser "Kulturkreis" einen Rahmen für seine/ihre "Hingabe an die Kunst" bieten. Die Veranstaltungen werden größtenteils in Darmstadt und der Näheren Umgebung stattfinden. Eine günstige Möglichkeit in Darmstadt "Kultur zu erfahren", bietet beispielsweise das Staatstheater mit seinem "SemesterAbo". Fünf Veranstaltungen werden für 35,- DM in einem Zeitraum von vier Monaten angeboten. In Zusammenhang mit dem SemesterAbo kann auch das Angebot wahrgenommen werden, den "Stammtisch" zu besuchen. Dort besteht die Möglichkeit, mit Schauspielern oder Regisseuren über ihre Arbeit zu diskutieren. Es soll im "Kulturkreis" desweiteren versucht werden, Ausstellungsmacher zu Gesprächen einzuladen. Wer Interesse hat, kann sich im AStA melden und eine Nachricht für das Kulturreferat hinterlassen oder zu einem ersten Vorbereitungstreffen am Montag, den 2. November um 18.00 Uhr in den Offenen Raum des AStA kommen. (ak)

STUDENTISCHE DELEGATION INFORMIERT SICH IN DER TÜRKEI ÜBER DIE SITUATION VON STUDENTINNEN UND WISSENSCHAFTLERINNEN

Die studentische Vollversammlung an der Bremer Uni verabschiedete während des Streiks im Wintersemester eine Solidaritätsadresse an die türkischen StudentInnen, die wegen des Entrollens eines Transparentes gegen Studiengebühren zu insgesamt 96 Jahren Haft verurteilt wurden. Dieses Urteil wurde als Versuch aufgefaßt, die neu gebildeten StudentInnenvertretungen mit aller Staatsgewalt zu zerschlagen und die unbestrittene Vorherrschaft des Militärs durchzusetzen. Aus diesem Grunde "protestieren wir aufs Schärfste gegen die andauernden menschenverachtenden Angriffe an türkischen Hochschulen, denen kritische StudentInnen oder solche kurdischer Herkunft fast tagtäglich ausgesetzt sind." (aus der Solidaritätsadresse der VV der streikenden Uni Bremen vom 11.12.1997).

Doch in den vergangenen Monaten hat sich die Situation der türkischen und kurdischen KommilitonInnen und AkademikerInnen massiv verschärft. Zunehmende Repressionen und Gewalt gegen WissenschaftlerInnen und StudentInnen erfordern internationale Solidarität, denn als einzig wirksames Mittel hat sich bisher die Schaffung einer internationalen Öffentlichkeit erwiesen.

Aus diesem Grunde knüpfen KommilitonInnen der TU Darmstadt mit den StudentInnen des Verbandes der StudentInnen aus Kurdistan (YKK) an den studentischen Austausch der letzten Jahre an und entsandten vom 21.7. bis zum 29.07.1998 eine studentische Delegation in die Türkei.

Zum Hintergrund:

Der Politikwissenschaftler und Kolumnist der Tageszeitungen Özgür Politika (Freie Politik) und Ülkede Gündem (Tagesordnung im Land), Haluk Gerger, wurde am 26. Januar wegen mehrerer Kolumnen in der inzwischen verbotenen Tageszeitung Özgür Gündem (Freie Tagesordnung) verhaftet und sitzt seitdem im Gefängnis von Güdül/Ankara eine 32monatige Haftstrafe ab. Nachdem im Dezember letzten Jahres eine verhängte 12monatige Haftstrafe vom Revisionsgericht bestätigt wurde, kam jetzt Anfang Juni eine 20monatige hinzu. Ihm wird, wie dem Soziologen Dr. Ismail Besikci und weiteren 107 JournalistInnen, SchriftstellerInnen, PolitikerInnen und

Intellektuellen in der Türkei, die Unterstützung des Separatismus durch Wort und Schrift vorgeworfen. Die Verhaftung Haluk Gergers ist ein Angriff auf die Meinungs- und Gedankenfreiheit und stellt einen erneuten Beweis für die antidemokratische und menschenverachtende Haltung des türkischen Staates dar.

Auf Initiative von ProfessorInnen und StudentInnen lehrte Haluk Gerger nach seiner ersten Inhaftierung im Sommersemester 1996 als Gastdozent an der Technischen Universität Darmstadt.

StudentInnen der TU-Darmstadt haben kurz nach dem Bekanntwerden seiner bevorstehenden Inhaftierung im Januar gemeinsam mit der Universitätsleitung eine bundesweite Kampagne unter dem Motto "Freiheit für Doz. Dr. Haluk Gerger" begonnen. Die Delegation hat sich in Ankara vor Ort über die Situation Haluk Gergers informiert und ihn im Güdül Gefängnis bei Ankara besucht. Daneben traf man sich in Ankara mit der HADEP (Demokratiopartei des Volkes, prokurdisch), dem Menschenrechtsverein IHD und seinem infolge eines Mordanschlags verletzten Vorsitzenden Akin Birdal, mit der oppositionellen Zeitung Ülkede Gündem, der KESK (Gewerkschaft der Arbeiter des öffentlichen Dienstes) und mit dem Vorsitzenden der alternativen Freien Universität. In Diyarbakir neben der HADEP und IHD auch mit dem Kulturzentrum Mesopotamien MKM und der Bildungsgewerkschaft Egitim-Sen.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Delegation war das Herstellen von Kontakten zu VertreterInnen studentischer Organisationen. Sowohl in Ankara als auch in der heimlichen Hauptstadt Kurdistans, Diyarbakir, kamen wir mit StudentInnen zusammen. In den letzten Monaten haben Repression (Verhaftungen) und Gewalt (Übergriffe von seiten faschistischer Gruppierungen) noch zugenommen. Allein im Zeitraum von Dezember '97 bis Mai '98 wurden fünf StudentInnen ermordet. Insbesondere kurdische StudentInnen sind von Repressionen seitens des türkischen Staates besonders betroffen, da in den kurdischen Gebieten wegen des andauernden Krieges die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in wesentlich stärkerem Maße

eingeschränkt ist.

Noch vor unserer Abreise erfuhren wir, daß unser Antrag auf einen Besuch bei Haluk Gerger abgelehnt worden war. Die deutsche Botschaft weigerte sich zu intervenieren, aus Angst, ihr gutes Verhältnis zum türkischen Staat zu gefährden. Wie wir später erfuhren, lag eine Anweisung vor, die Delegation aus Deutschland auf keinen Fall zu Haluk Gerger zu lassen. So fuhren wir, in Ankara angekommen, mit einem Anwalt direkt nach Güdül, um bei der zuständigen Richterin direkt einen Besuchsantrag zu stellen. Dieses Vorgehen hatte Erfolg. Der Besuch fand in Anwesenheit lediglich eines Aufsehers statt, so daß es möglich war, offen über die Situation sowohl im Gefängnis als auch in der Türkei und den kurdischen Gebieten zu reden. So sind die Gefangenen in Gemeinschaftszellen untergebracht, kochen selbst, erhalten Zeitungen und Bücher, können wöchentlich von ihren Angehörigen besucht werden (sofern diese in der Nähe leben. Haluk Gerger kann so im Gefängnis seine Arbeit zum Teil fortführen. Sein neues Buch erschien gerade in der gleichen Woche, als wir uns in Ankara aufhielten - es ist allerdings bereits wieder in der Türkei verboten.

Haluk Gerger hatte seine Haft mit den Worten "Ich gehe jetzt vom offenen Gefängnis Türkei in das geschlossene Gefängnis Güdül" angetreten und versucht auch aus dem Gefängnis heraus, seine Arbeit als kritischer Wissenschaftler fortzusetzen. "Wenn ich auch nicht mehr öffentlich lehren kann, so sind diese Menschen hier jetzt meine Schüler."

Zur Zeit sind die Bemühungen, ihn erneut für eine Gastprofessur nach Darmstadt/Deutschland und so aus dem Gefängnis zu holen, aussichtslos, da noch mehrere Prozesse gegen ihn offen sind, die zu Gefängnisstrafen von 17! Jahren führen können. Da die Verfahren vor anderen Gerichten laufen, ist zu befürchten, daß Haluk Gerger zukünftige Strafen in anderen Gefängnissen absitzen muß, wo die Haftbedingungen sicherlich wesentlich schärfer sein werden. So hat z.B. Ismail Besiki im Gefängnis von Bursa wesentlich begrenztere Möglichkeiten, seine Arbeiten fortzuführen.

Neben Haluk Gerger befindet sich im Gefängnis Güdül auch einer der 144 HADEP (1994 gegründete prokurdische Demokratische Partei des Volkes und Nachfolgerin von zwei anderen inzwischen verbotenen Parteien)-Abgeordneten, die Zusammenhang mit den Angriffen gegen die HADEP verhaftet worden sind. Zwei Wochen nach dem Verbot der Refah-Partei begann eine groß angelegte Kampagne gegen die HADEP in deren Rahmen ein Verfahren vor dem Sicherheitsgericht in Ankara anhängig ist. Wie stark das Ausmaß der Repression ist, daß sich hinter der

vorgespielten Offenheit verbirgt, zeigt die Geschichte eines 22jährigen Inhaftierten, der 16jährig wegen Plakatieren zu einer 6 ½jährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, die demnächst beendet sein wird. Nach seiner Entlassung im Sommer erwartet ihn erst einmal Militärdienst für den türkischen Staat!

Keine Demokratie ohne das Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk

Obwohl ihn Aussagen wie diese hinter Gitter gebracht haben und sicherlich weitere Prozesse einbringen werden, bleibt Haluk Gerger dabei:

Ohne eine Beendigung des schmutzigen Krieges in Kurdistan wird der türkische Staat keine seiner elementaren Probleme lösen können. So lange wird sich die Menschenrechtssituation in der Türkei nicht verbessern. Demokratie ist erst dann möglich, wenn das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes anerkannt wird. So lange sich die Nation an dieser Frage spaltet und TürkInnen und KurdInnen nicht gemeinsam für Frieden und Demokratie kämpfen, wird kein politischer Richtungswechsel stattfinden.

Um besonders die türkische Bevölkerung weiter über den Krieg in Kurdistan und seine Auswirkungen aufzuklären, sollte zum 1. September, dem Weltfriedenstag, wieder ein Friedenszug von Istanbul nach Diyarbakir rollen, der aber dort nicht ankam. Nicht mal aus Istanbul durfte dieser Friedenszug heraus. Über 150 Menschen wurden durch die türkische Polizei festgenommen. Größere Bedeutung hatte dieser Zug bekommen, nachdem am 28. September die kurdische Guerilla der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) einen einseitigen unbefristeten Waffenstillstand zu diesem Weltfriedenstag ausgerufen hatte. Es hätte ein gutes Signal für den Frieden sein können.

In der Türkei zahlen alle Menschen den Preis für den Krieg in Kurdistan, denn seine Finanzierung schluckt den größten Teil des türkischen Bruttosozialproduktes. Geld, das an allen Ecken und Enden fehlt, besonders im Bildungs- und Gesundheitsbereich. So dienen auch die sprunghaft angestiegenen Studiengebühren - sie erhöhen sich in jedem Jahr um mehr als Doppelte - der Finanzierung des Krieges. Dementsprechend waren auch die Hauptforderungen der türkischen StudentInnen, die im Winter 95/96 Unterschriftensammlungen und Proteste durchgeführt haben, die nach kostenloser Bildung und Gesundheitsversorgung, nach Frieden und Freiheit. Mit diesen Forderungen zogen sie bis vor das Parlament.

Der Zusammenhang zwischen der miserablen Studiensituation, der faschistischen türkischen Assimilationspolitik und dem Krieg in Kurdistan wurde

allerdings nicht hinreichend analysiert. Aus einer solchen Analyse hätte konsequenterweise der totale Bruch mit dem kemalistischen Staatssystem folgen müssen. Dieser radikale Bruch wurde aber niemals angestrebt und so fanden sich die kurdischen StudentInnen in der türkischen StudentInnenbewegung nur bedingt wieder, obwohl sie sie über weite Strecken unterstützten. Das Sich-nicht-Wiederfinden der kurdischen StudentInnen führte dazu, daß diejenigen, die politisch radikaler in ihren Forderungen wurden, zur Guerilla gingen. So gab es in den letzten Jahren in den Städten keine kontinuierliche studentischen, politische Arbeit. KurdInnen, die neu an die Universitäten kamen, fanden dort keine Strukturen vor, an die sie anknüpfen konnten; die Neuen mußten ihren Weg alleine finden. Z.Zt arbeiten kurdische StudentInnen in Ankara an der Lösung dieses Problems, um die Position der KurdInnen in der StudentInnenbewegung wieder zu stärken.

Kurdische Lehramtsstudenten haben für sich eine Möglichkeit entdeckt, eines der Probleme, das der türkische Staat durch seinen Krieg gegen das kurdische Volk verursacht hat, zu ihren Gunsten zu nutzen. So hat der Staat eine Verordnung herausgegeben, wonach Lehrer, die freiwillig in den kurdischen Gebieten arbeiten wollen, teilweise vom Militärdienst befreit werden. Diese müssen nur eine Grundwehrzeit von 40 Tagen ableisten. Für die Kurden heißt das, daß sie nicht als Soldaten der türkischen Armee in Kurdistan gegen ihre eigenen Leute kämpfen müssen. In ihrer Lehrtätigkeit sind sie allerdings der kemalistischen Staatsdoktrin verpflichtet und müssen gemeinsam mit ihren SchülerInnen z.B. an Feierlichkeiten wie dem "Tag der Republik" teilnehmen. Auch unterliegt der Unterricht selbst staatlicher Kontrolle. "AbweichlerInnen" werden teilweise von den Eltern der SchülerInnen selbst angezeigt. Ihnen droht im minderschweren Fall eine Versetzung in Gebiete, in denen die Bevölkerung überwiegend faschistisch eingestellt ist, ansonsten die "übliche Repression", also Verhaftung, Folter und Gefängnis. Viele offene prokurdische LehrerInnen, die sich in Kurdistan in der Lehrgewerkschaft "Egit-Sen" engagiert haben, wurden auf offener Straße von Angehörigen der Konterguerilla erschossen. Es wurden in Diyarbakir schon LehrerInnen vor den Augen der SchülerInnen auf dem Schulhof erschossen.

Die Probleme der StudentInnenbewegung in der Türkei ähneln in gewisser Weise denen, an denen die StudentInnenproteste in Deutschland im Winter 1997/98 gescheitert sind. Auch damals wurden die Forderungen der ausländischen StudentInnen nur am Rande thematisiert, statt die rassistische Politik des deutschen Staates in den Vordergrund zu stellen.

Statt radikaler Gesellschaftskritik blieb die StudentInnenbewegung in ihrem Standesdünkel verhaftet und erreichte nie die Bevölkerung.

Die studentischen Kämpfe in der Türkei werden auch dadurch erschwert, daß studentische Politik illegalisiert und kriminalisiert wird. So versuchte der Staat, den StudentInnen, die sich maßgeblich an den Protesten beteiligt hatten, Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen vorzuwerfen. ZeugInnen konnten beobachten, wie Polizisten in Zivil - nachdem die StudentInnen bereits inhaftiert waren - Kisten in eine Wohnung trugen, die der Öffentlichkeit später als "Beweismittel" präsentiert wurden. Die Kisten enthielten Molotow-Cocktails!

Das reaktionäre Hochschulprogramm, das vom Hochschulrat YÖK verabschiedet und kontrolliert wird, verhindert jede Möglichkeit eines kritischen Studiums. Eine Mitbestimmung des Studiums ist nicht möglich. Zudem wurden nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 in den 80er Jahren sämtliche demokratischen und fortschrittlichen Kräfte von den Universitäten entfernt, darunter auch Doz. Dr. Haluk Gerger. Studium in der Türkei heißt unkritisches Auswendiglernen des vorgegebenen Stoffes. Dabei ist der Zeitrahmen äußerst eng gesteckt und das Nichtbestehen einer Prüfung führt nicht selten zur zwangsweisen Exmatrikulation. Davon sind natürlich diejenigen am stärksten betroffen, die sich ihr Studium durch Arbeit finanzieren müssen. Wegen der ständigen Verteuerung des Studiums steht dieses schon jetzt fast ausschließlich StudentInnen aus der türkischen Bourgeoisie offen. Schon jetzt ist es für Menschen aus der ArbeiterInnenklasse und für KurdInnen, deren Familien aus dörflichen Gegenden im Osten kommen, kaum möglich, die Kinder auf die Universität zu schicken. Kritische Kräfte werden so von vornherein aus den Universitäten ausgeschlossen. Schon jetzt ist bei vielen Spaß statt Politik angesagt. Diesem Wunsch kommt der Staat teilweise nach bzw. fördert diese Tendenz gezielt. In Ankara beispielsweise gibt es Kneipen, in denen kurdische Livemusik gespielt wird. Es gilt: So lange ihr Kulturelles nicht mit Politischem vermischt, lassen wir euch in Ruhe und behalten den Schein von Freiheit bei!

Es herrscht in den Städten im Westen der Türkei ein Klima repressiver Toleranz, welches aber jederzeit kippen kann. So gibt es immer wieder Angriffe auf Kulturvereine wie das Mesopotamische Kulturzentrum, dem vorgeworfen wird, unter dem Deckmantel der Kultur seperatistische Propaganda zu machen und die gerade in den Gebieten, wo der Ausnahmezustand herrscht, verboten werden. Oft übernehmen diese "Aufgabe" zivillfaschistische Banden, die

das Problem durch einen Bombenanschlag auf das Gebäude gezielt "lösen".

Freie Universität Ankara

Da ein kritisches Studium an den Universitäten nicht möglich ist, gründeten Anfang der 90er Jahre einige der WissenschaftlerInnen, die vom Staat aus den Universitäten entfernt worden waren, in Ankara die Freie Universität. Unter den Gründungsmitgliedern ist auch Haluk Gerger. An der Freien Universität wird interdisziplinär zu geistes- und sozialwissenschaftlichen Themen gearbeitet. Das Studium dort steht jeder/m Interessierten offen. Es gibt sowohl die Möglichkeit eines Vollzeitstudiums als auch die, nur einzelne Vorlesungen zu besuchen. Die StudentInnen kommen aus eigenem Interesse, denn anerkannte Abschlüsse gibt es nicht. Auch bei den DozentInnen ist die einzige Motivation, Wissen weitergeben zu wollen und ein Gegengewicht zu den staatlich vorgeschriebenen Lehrinhalten zu schaffen. Die Freie Universität arbeitet völlig unabhängig vom Staat. Die einzige Möglichkeit, die dieser hat um Einfluß auszuüben besteht in der Schließung. Aber dann wird sie in neuen Räumen wiedereröffnet; so der Vorsitzende Fikret Baskaya bei einem Treffen mit ihm. Wegen der großen Resonanz wurden inzwischen in mehreren anderen Städten Tochteruniversitäten gegründet. Zudem gibt die Freie Universität regelmäßig Publikationen zu ihren Schwerpunktthemen heraus. Es besteht außerdem ein regelmäßiger weltweiter Austausch mit Projekten, die nach ähnlichen Konzepten arbeiten. Z.Zt. wird darüber diskutiert, wie das didaktische Konzept geändert werden kann, um vom reinen Vorlesungsstil fortzukommen.

Alle fortschrittlichen Bewegungen stehen in Ankara vor dem Problem, daß die Stadt als Sitz der Regierung eine Beamtenstadt ist, die sich gegen Flüchtlinge aus den kurdischen Gebieten abgeschottet hat. So kommt es nicht zu revolutionären Massenbewegungen. Diejenigen, die gegen das faschistische kemalistische System kämpfen, tun dies zumeist aus einer intellektuellen Perspektive. Die KurdInnen in Ankara leben lange dort bzw. sind als StudentInnen gekommen.

So wirkt auch das Büro von HADEP eher wie ein gewöhnliches Parteibüro, in dem offizielle VertreterInnen arbeiten, als wie die Zentrale einer demokratischen Massenorganisation. Da HADEP die einzige legale prokurdische Partei ist, ist sie auch am stärksten im Osten der Türkei in den kurdischen Gebieten und in den türkischen Metropolen, in die die Menschen nach der Vertreibung aus ihren Dörfern fliehen. Daß es sich nicht um das Büro einer ganz normalen türkischen Partei handelt, davon zeugt in erster Linie der Polizeistützpunkt vor dem Gebäude,

von wo aus alle Personen, die das Gebäude betreten, überwacht werden. Aber der Schein trügt. HADEP ist die einzige Volkspartei, die ihr Programm aus den Bedürfnissen ihrer WählerInnen entwickelt hat. Alle anderen Parteien im türkischen Parlament - ob links oder rechts - unterstützen die kemalistische Staatsdoktrin. Auch die islamistische Refah-Partei war keine Partei des Volkes, sondern wurde lange gepusht vom türkischen Staat, um die Massen, die anfangen, sich gegen das kemalistische System zu erheben, zu entpolitisieren und gegen sozialistische Ideologien aufzubringen. Die Refah-Partei bot statt revolutionärem Kampf Heil in der Religion. Ihr Verbot kam in dem Augenblick, als sie für die Interessen des Staates ausgedient hatte. Dennoch hat die HADEP gegen das Verbot der Refah gekämpft, da das Parteienverbot dem eigenen Demokratieverständnis widersprach.

Seit dem Frühling ist vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara ein Verfahren gegen die HADEP anhängig. Z.Zt. rechnet allerdings niemand ernsthaft damit, daß die HADEP vor der türkischen Parlamentswahl im nächsten Jahr verboten wird - auch wenn bei der Willkür mit der in der Türkei Politik gemacht wird, jederzeit alles möglich ist. In der jetzigen Situation würde ein Verbot die kurdische Frage noch aktueller machen und das will der Staat in jedem Fall verhindern. Außerdem würde dadurch noch mehr internationales Aufsehen erregt.

Die HADEP geht davon aus, daß sie diesmal die in der Türkei geltende 10%-Hürde für den Einzug ins Parlament nehmen wird, da sie die Masse des kurdischen Volkes hinter sich hat. Ob ihr Schicksal dann das gleiche sein wird, wie das von HEP und DEP in der Vergangenheit bleibt abzuwarten. Beide Parteien wurden verboten und die Abgeordneten zu langjährigen Gefängnisstrafen wegen angeblicher Separatismusbestrebungen verurteilt.

Abschließend etwas zur Situation in Diyarbakir: Hier führt der Staat einen psychologischen Krieg gegen die Bevölkerung. Neben offener Militärpräsenz - die Stadt ist ringsum von Militärgelände umgeben - patroulieren in der Stadt die meisten Soldaten in Zivil. Für die Menschen dort sind sie dennoch nicht zu übersehen. Dauerüberwachung, nächtliche Ausgangssperren in Stadtteilen, die politisch sehr aktiv sind, Lebensmittelembargos in "kritischen" Zeiten z.B. vor Newroz, sind nur Teile der Repression. Daneben sind willkürliche Festnahmen, Folterungen, Erschießungen von Oppositionellen wie GewerkschafterInnen, Mitgliedern der HADEP, JournalistInnen der prokurdischen Tageszeitung Ülkede Gündem an der Tagesordnung. Gleichzeitig der Versuch des Staates durch Eröffnung von Discotheken mit westlicher Musik, gerade die Jugend, als die politisch stärkste Kraft, der kurdischen Kultur zu entfremden.

Überhaupt soll durch westlichen Flair der Eindruck einer modernen "normalen" Stadt entstehen, obwohl sich kaum jemand irgendwelche Konsumgüter leisten kann. Schon auf den ersten Blick fällt das Elend ins Auge. Die meisten Kinder sind fehl- bzw. unterernährt. Selbst ein richtiges Paar Schuhe ist für viele unerschwinglicher Luxus. Medikamente sind kaum zu bekommen, entweder weil sowieso das Geld fehlt oder weil in den Apotheken die einfachsten Medikamente fehlen. Der medizinische Etat der Stadt ist nur für ein Viertel der Menschen berechnet, die inzwischen in Diyarbakir damit auskommen müssen. Auf diese Mißstände versucht die Gesundheits- und Sozialgewerkschaft SES immer wieder aufmerksam zu machen, mit dem Ergebnis, daß ihnen das gleiche droht, wie allen anderen Kräften, die das System in irgendeiner Form kritisieren.

Zynischerweise ist der einzige expandierende Arbeitssektor in Kurdistan der im Bereich Staatsicherheit. Die vielen Autos mit Kennzeichen aus westlichen Provinzen der Türkei zeugen davon, daß wenigstens in diesem Bereich der "Arbeitsmarkt" in Diyarbakir boomt.

Für den Großteil der EinwohnerInnen gibt es kaum eine Arbeit. Viele versuchen als SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft Geld zu verdienen, andere gehen in die Metropolen im Westen, wo das Leben aber so teuer ist, daß kaum etwas nach geschickt werden kann. In anderen Familien muß das, was die Kinder mit dem Verkauf von Taschentüchern u.ä. verdienen für die ganze Familie reichen. In jedem Fall reicht es kaum für das Nötigste.

Trotz des wirtschaftlichen Elends würde sich die Bevölkerung nicht alleine mit finanziellen Verbesserungen abspesen lassen. Dafür ist die Politisierung des Volkes schon zu weit vorangeschritten und die Repression zu lange und zu stark erfahren worden. Im Kampf des Volkes geht es um mehr:

Um die Anerkennung der kurdischen Identität, um Freiheit und Menschenrechte. Darin lassen sich die Menschen auch nicht mehr durch den Staatsterror beirren. So suchen viele die Büros der HADEP, trotz der Gefahr schon beim Betreten des Gebäudes verhaftet zu werden, auf. In der HADEP sehen sie ihre legitime Interessenvertretung. Sie kommen, um sich über die politische Lage auszutauschen, weil sie Hilfe suchen und um die politischen Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Die HADEP unterhält für jede Bevölkerungsgruppe eigene Kommissionen. So gibt es Jugend- und Frauenkommissionen und Folkloregruppen für die Kinder. Weiterhin hat die HADEP Bildungsangebote für die Kinder und führt Alphabetisierungskurse für Frauen durch. Durch Spendenaktionen gemeinsam mit den Gewerkschaften (die der Staat allerdings immer wieder zu verhindern versucht) soll die Grundversorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln, Kleidung und Büchern gewährleistet werden.

Die politische Bildungsarbeit läuft auf einem sehr hohen Niveau, wobei es nicht nur um die Situation in Kurdistan geht, sondern immer wieder der Bezug zu anderen revolutionären Kämpfen hergestellt wird. Um die Frauen zu erreichen, die nicht selbst zur Partei kommen, geht die HADEP mehrmals wöchentlich in die Stadtteile. Auch versucht sie die Frauen, die sexuelle Folter erfahren haben, psychologisch zu betreuen, da unabhängige Frauenzentren in Diyarbakir nicht existieren.

So wie sich die Menschen nicht am Kontakt zu ihrer selbstgewählten Vertretung hindern lassen, so lassen sie sich auch nicht mehr zwingen, türkische Fahnen zu hissen oder die sonst überall präsenten M. Kemal Atatürk-Bildnisse aufzuhängen. Da die Menschen nichts mehr zu verlieren haben, können sie nur noch gewinnen.

Widerstand ist durch Repression nicht zu verhindern

Der Staat reagiert auf diese Situation, indem er in seinem Vorgehen immer brutaler wird. Davon zeugen auch die Menschenrechtsberichte des Menschenrechtsvereins IHD. Durch sein brutales Vorgehen gegen Oppositionelle erhofft der Staat sich, Kritik im Keim ersticken zu können. Die Prozesse gegen Haluk Gerger, der Anschlag auf Akin Birdal und seine erneut bestätigte Gefängnisstrafe, die über 10000 politischen Gefangenen und die 140 Intellektuellen, die wegen sog. Gedankenschuld inhaftiert sind, zeigen, daß der Widerstand nicht durch Repression verhindert werden kann. Menschen können zwar eingesperrt werden, aber ihre Rufe nach Freiheit und Demokratie dringen dennoch zu uns. Damit die ganze Welt ihre Anklagen hören kann, müssen wir alle hier ihre Sprachrohre sein. Der schmutzige Krieg in Kurdistan darf nicht länger schweigend hingenommen werden.

Der deutsche Staat spielt durch seine Waffenlieferungen an die Türkei keine unwichtige Rolle in diesem Krieg und hat kein Interesse, sich mit den Folgen seiner Politik auseinanderzusetzen. Das sehen wir jeden Tag an der Asylpolitik in diesem Land. Und wenn die KurdInnen in Deutschland für ihre rechte eintreten, antwortet dieser Staat mit dem Verbot kurdischer Organisationen und Vereine.

Solidarisieren wir uns mit ihren Forderungen nach

- einer politischen Lösung in Kurdistan - der Aufhebung der Verbote und einem Ende der Kriminalisierung kurdischer Vereine und Organisationen
- einem Abschiebestopp für KurdInnen
- einem Stopp der Waffenlieferungen nach Kurdistan

(Petra)

FILMS, FILMS, FILMS

DAS 22. OPEN AIR FILM FEST IN WEITERSTADT, 13.8. - 17.8.1998

VON ANDREAS KLÄRNER

Vom 13.8.-17.8. versammelten sich die Kurzfilmfreunde aller Länder zum 22. mal beim größten deutschen Open-Air Filmfest in Weiterstadt bei Darmstadt. Aus 503 eingesandten Filmbeiträgen wählte die Jury nach 150 Stunden Filmsichtung 163 Filme aus. Filmemacher aus 29 Ländern von Kanada bis Kirgisien wollten es sich auch diesmal nicht nehmen lassen, an einem der bedeutendsten Kurzfilmfestivals Deutschlands teilzunehmen.

Die MacherInnen des Festivals wollten "dem Publikum viele exzellente Filme zeigen, die es sonst wahrscheinlich nicht sehen würde, den Filmemachern und Filmen ein großes, interessiertes Publikum und ein Forum bieten, das sie in dieser Form nur selten finden." Exzellente Filme waren im Programm vertreten, doch gab es auch eine nicht geringe Anzahl von "Ausrutschern", die auf einem Filmfest mit großem Publikum eher wenig zu suchen haben. Einige Beiträge (namentlich die der Filmhochschulen/-akademien) waren sichtlich dazu gedacht, Erst- und ZweitsemesterInnen den Umgang mit Kamera, Filmmaterial, Schneidetisch, Licht und Schatten, Spiegelreflexionen u.ä. beizubringen. Auch Urlaubsfilm sind - selbst wenn sie in erhöhter Geschwindigkeit abgespielt werden - eher langweilig. Aber es soll ja auch Menschen geben, die Diaabende mit anderer Leute Strandbilder amüsant finden.

Qualität und Vielfalt der gezeigten Streifen repräsentieren das, was im Medium Film möglich ist. Gleichberechtigt neben den kinoreifen Produktionen von Tim Trageser stehen die liebevollen Super-8 Miniaturen von Dagie Brundert und das eine oder VHS- oder Betacam-Experiment. Eines vorausgeschickt: mit einem SFB Tatort kann es auch die schlechteste und langweiligste der Produktionen aufnehmen.

The best

Tim Trageser hat mit seinen Filmen überzeugend gezeigt, daß er sein Handwerk beherrscht und auch die unterschiedlichsten Genres abdecken kann. "Clowns" (35mm, 13:00 min) ist eine Komödie, die sich wohlthuend von dem abhebt, was sonst als "deutsche Komödie" gehandelt wird. Max (Jürgen Tarrach), hat sich für den Geburtstag seiner Tochter als Clown

verkleidet, steht aber gerade im Stau. Langweilig wird ihm nicht, denn im Radio kommt eine Meldung: "Die Polizei bittet um Mithilfe bei der Suche nach einem Mann, der heute morgen als Clown verkleidet die Filiale der Stadtparkasse überfallen hat." Zwei Autobahnpolizisten wollen im ersten Reflex erst einmal die Polizei holen, sehen dann aber die Chance als Helden gefeiert zu werden. Eine Verfolgungsjagd beginnt, deren Drehungen und Wendung immer überraschen und dort enden wo man es garantiert nicht erwartet hat. Rasant, witzig, originell und voller Ideen - an einer 90-Minuten Version wird gerade gearbeitet. Mit "Die letzte Sekunde" ist Trageser ein technisch perfekter Domsday-Sciencefiction-Thriller gelungen, der inhaltlich allerdings zu deutliche Anleihen an bekannteren Filmen dieser Art nimmt. Die Atmosphäre allerdings ist beklemmend und liegt irgendwo zwischen "Blade Runner", "Aliens" und "Die Klapperschlange". Trageser wird den Sprung zum abendfüllenden Kinofilm schaffen und hat das Zeug zu einem Großen der Branche.

Super 8 Veteranin

Dagie Brundert hingegen wird es (leider) niemals in die großen Kinos schaffen, sondern das Weiterstädter Publikum auch noch in 10 Jahren mit ihren Kleintodien in Super 8 erfreuen. Seit 10 Jahren Filmemacherin aus Leidenschaft, ist sie bereits zum 8. mal - diesmal mit 4 Filmen - auf dem Filmfest vertreten. Dagies zweites Spezialinteresse, neben der Filmerei, ist die Biologie, vor allem Tiere findet sie faszinierend. In "Schmetterlingsküsse" (4:30 min) erzählt sie von den Schmetterlingsschmarotzertieren, die in Blumen hausen und über den Rüssel der Schmetterlinge in deren Ohren einsteigen, um dort ihre Eier abzuladen. Dabei geben sie immer schön fein acht, daß die Eier auch nur in einem Ohr landen, denn sonst würde der Schmetterling ja sein Gleichgewicht verlieren. In "Stich 8 juckt einfach super!" (3 min) zählt ihre Freundin Judith nach einem Tag auf dem Land ihre Schnakenstiche. Auch Heino wird von Dagie Brundert geliebt und in "Ja ja, die schönste auf der Welt ist meine Bar" einem Schuhsohlentest unterworfen. Dagie Brundert hat die Art

von Humor, die wir sehen wollen. Auch der beste Song des Festivals stammt eindeutig von ihr. "Die coole Bar am Klondyke-River" (2 min) schenkt Bier aus, an dem die Stengel noch dran sind. Das macht aber gar nichts, wenn man zu zweit ist, denn dann kann man sich gegenseitig das Bier auf den Stengeln reichen. Und dazu läßt es sich wahrlich vortrefflich singen: "Fütter' deinen Nachbarn mit Bier / und er dankt es dir". Dagie Brundert hat vor zwei Jahren entdeckt, daß sie singen kann und damit ihre Filme noch schneller, billiger und besser vertonen kann. Sie versteht dieses Lied denn auch folgerichtig als ihre Hommage an Neill Young. Dieser Song muß einfach eine Single werden, die Charts warten nur darauf.

Kürzer, schneller, härter

Ein Trend läßt sich in der diesjährigen Kurzfilm-landschaft deutlich abzeichnen: die Filme werden immer länger. Dies hat ihnen leider in den seltensten Fällen gut getan. Masse und Macht fallen nicht immer in eins. hier hätten die Veranstalter durchaus mehr Mut beweisen können und den einen oder andere Beitrag, der ohne Ideen Zeit schinden wollte, zur Überarbeitung zurückgeben können. Mut den sie an anderer Stelle gleichwohl gezeigt haben. Einen Film wie "Durchgfrett" (16mm, 22 min) von Hubert Märkl zeugt von keinerlei Rücksichtnahme auf den Massengeschmack. "Durchgfrett" ist das fragmentarische Portrait der 77-jährigen Katarina Hacker. Die auf dem Land aufgewachsene Oberpfälzerin gibt ihre Sicht von Liebe, Leben, Arbeit und Tod wieder. Sie lebt wie vor 100 Jahren, ohne die geringsten Annehmlichkeiten der technischen Zivilisation. Sie hat keinen Kühlschrank, keinen Fernseher, kein Radio. Sie ißt 14 Tage altes Brot, ihre Liebeserfahrungen beschränken sich auf eine kurze Affäre mit einem Soldaten, aber sie ist zufrieden mit ihrem einfachen Leben. Ein Leben wie von einem anderen Stern. Ihr Lebensinhalt: sparen und arbeiten. Märkls Film läßt erahnen warum sich auf diesem Planeten das Leben noch kaum zum Besseren gewandelt hat. Genauso übrigens wie die Bemerkung eines Zuschauers, der nicht einsehen wollte, was diese "Sozialscheiße" auf dem Festival zu suchen hätte. Ein Film, der Ablehnung und Diskussionen provoziert. Ein guter Film.

"Der kratzt ja wie die Sau!"

Ein Teil der Produktionen lebte von den Schauspielerleistungen mehr oder weniger bekannter Darsteller. Vor allem in den deutschen Filmen waren eine ganze Reihe von Stars und Sternchen vertreten: Ben Becker in "Pretty Babe" von Fracine Penrose Reismann, Barbara Rudnik in "Acht", einem ätzend-gemeinen Beitrag zur Telefonseelsorge, Gerd Knebel

und Henni Nachtsheim in "Der Pullover". Die beiden letzteren besser bekannt unter dem Namen des Komikerduos "Badesalz". Die Hessen hatten Heimvorteil und jeder erwartete einen der mehr oder weniger witzigen Sketche der mittlerweile bundesweit bekannten Komiker. Doch - und das war eine der Überraschungen dieses Jahr in Weiterstadt - das Werk von Roland Willaert (35mm, 8:48 min) entpuppte sich als eine morbide Grotteske mit Endzeitcharakter. Eine heruntergekommene Wohnung mit leisen Anklängen an das Ambiente des cineastischen Meisterwerks "Delicatessen". Ein altes Ehepaar, der Mann (Knebel) und die Frau (Nachtsheim) leben seit vielen Jahren mit- und nebeneinander her. Der Mann sammelt Pullover, die er - sorgfältig und einzeln in Plastikfolien verpackt - in Regalen stapelt, immer in der Hoffnung endlich ein Exemplar zu finden, das nicht kratzt. (Eine Stimme, die ins Mark fährt: "Der kratzt ja wie die Sau!") Die Frau verbringt ihr Eheleben damit, darauf zu warten - mal oben, mal unten -, daß ihr Mann einen passenden Pullover findet und endlich das Haus verläßt. Wozu allerdings, das vermag auch sie nicht zu sagen. In beinahe Beckett'schen Dialogen vollführt sich ein ritualisiertes absurdes Theater. Nach 25 Jahren geschieht das Unerwartete, der Mann verläßt zum ersten Mal das Haus. Dem Zuschauer eröffnet sich eine Straßenflucht in der sich das frühindustrielle England mit der Bronx trifft. Am Straßenrand Gestalten, die - ihre Pullover in der Hand - vor aus dem Boden ragenden Rauchabzügen umherirren. Chapeau, meine Herren!

Gewalt und Sehnsucht

Ebenfalls auf dem Festival vertreten waren zwei jugoslawische Beiträge. "Vampasan" von Olivera Milos-Todorovic (Betacam, 19:47min) thematisierte in experimentellen Videosequenzen, gegengeschnitten mit einem Tanz von Mann und Frau mit und über Tische und Stühle das Verhältnis von Männern und Frauen in einer machistischen Gesellschaft. Brutalität und Gefühlslosigkeit, aber auch Verletzlichkeit und Sehnsucht nach einem anderen Umgang im Geschlechterverhältnis lassen sich den Hörerstatements einer Radio-Nightshow entnehmen.

Auf technisch höherem Niveau, im Kinofomat (35mm, 10:10 min) gefilmt wendet sich Milos Rado- vic in "Moja Domovina" (übersetzt: "Mein Land") der Verbindung von Wahnsinn und Gewalt in ebendiesem zu. In dieser absurden Komödie rund um einen Gleisübergang im Nirgendwo hypnotisiert sich ein Schrankenwärter selbst, ein Pferd frißt das Innere eines Motorradsitzes, ein Bauer bindet sein Schaf an die Eisenbahnschranke und binnen Minuten geht die fragile Ordnung in Mord und Totschlag über. Am Ende greift sich der Reiche im Luxusschlitten das

tote Schaf und fährt in die untergehende Sonne.

The rest

Viele Filme verdienten es noch erwähnt zu werden, z.B. der phantastisch-abgedrehte Zeichentrickfilm "Flatworld" des Engländers Daniel Greaves, in dem hinter jeder Pfütze eine Parallelwelt wartet; das paranoid-wahnsinnige 3-Minuten Filmtagebuch

von Jan Peters; die beunruhigende Animation "The Job" von Ali Dieler über die Sinnlosigkeit und Grausamkeit der Arbeit oder das kryptisch-verwirrende "Schöpfen" von Michael Orth und Anders Möhl in dem Jesus am Kreuz, gefördert vom Land Bayern, nach Geldbündeln grabscht.

Am Ende der fünf Tage bleibt nur zu sagen: Das Weiterstädter Filmfest - ein Besonderes unter den Besten.

GOLDHAGEN UND DIE "HÜRNEN SEWFRIEDTE"

DIE HOLOCAUST-FORSCHUNG IM SPERRFEUER DER FLAKHELPER

REZENSION — VON MICHAEL ENDERLEIN

Mit "Goldhagen und die 'Hürnen Sewfriedte'" legt Kautz eine Analyse der in Deutschland heftig geführten Goldhagen-Debatte vor. In Anlehnung an die Nilbelungensage, daher der zunächst befremdlich wirkende Titel, werden die Rollen verteilt: die deutsche Historikerzunft, die Siegfriede (Sewfriedte), auf der einen Seite, Hagen, nämlich Daniel Jonah Goldhagen, auf der anderen. Und wie der sagenhafte Hagen Siegfried tötet, so bringt, im übertragenen Sinne, Goldhagens Bestseller "Hitlers willige Vollstrecker" die Historiker mit ihrer antiindividualistischen "Wissenschaftlichkeit" zur Strecke. Die deutsche Historikerzunft im allgemeinen und die bekannten Wissenschaftler Eberhard Jäckel, Hans-Ulrich Wehler sowie Hans Mommsen im besonderen werden von Kautz auf ihre Äußerungen zur Vergangenheitsbewältigung während der Goldhagen-Debatte untersucht. Kautz sieht bei den Historikern die Angst vor der eigenen Geschichte, die Angst vor den persönlichen und familiären Bindungen zum Nationalsozialismus. Zwangsläufig mußten bei dieser Generation, plakativ als Flakhelfer-Generation bezeichnet, Verdrängungsmechanismen einsetzen, die auch über fünfzig Jahre nach Kriegsende dazu beitragen, daß diese Historiker lieber über "Strukturen" als über Menschen sprechen. Kautz' These: wären die Forschungsobjekte Individuen, so müßten sich auch die Forscher selbst nach ihren Biographien fragen (lassen). Zu ängstlich, um sich auf einen Diskurs einzulassen, sprechen die deutschen Historiker Goldhagen lieber

gleich die Wissenschaftlichkeit ab. Eine unvoreingenommene Diskussion hat es also nie gegeben, da, laut Kautz, die Wissenschaftler nicht als solche, als Historiker, sondern als Deutsche reagiert haben.

Auch Darmstädter Historiker bekommen ihren Platz zugewiesen: die (drei genannten) Siegfriede haben natürlich ihre Speerträger und Schildknappen - zu denen Kautz beispielsweise den Darmstädter Prof. Dipper zählt.

Obwohl nur in zwei Kapitel (plus einem Nachwort des Darmstädter Prof. Dahmer) gegliedert, ließt sich das Buch, insbesondere vor den Geschehnissen des 42. Deutschen Historikertages, recht flott. Während des Historikertages im September in Frankfurt kamen Diskussionen bezüglich der Verstrickungen von Historikern mit dem Nationalsozialismus auf. Wehler und ein weiterer renommierter Wissenschaftler, Kocka, versuchten zu relativieren und zu verharmlosen. Mit überraschender Deutlichkeit hielt ihnen Mommsen entgegen: "Wir stehen vor der Tatsache, daß wir die Vordenker der Vernichtung in unseren Reihen haben." (taz, 14. 9. 98)

Kautz, Fred: Goldhagen und die "Hürnen Sewfriedte".

Die Holocaust-Forschung im Sperrfeuer der Flakhelfer.

Berlin; Hamburg: Argument-Verlag, 1998;
134 S.; 27,80 Mark.

FRÜCHTE DES STREIKS

WAS DIE TUD-GREMIEN MIT DEN GELDERN DES HESSISCHEN BIBLIOTHEKENPROGRAMMS MACHEN

VON MARCUS GOTTSLEBEN

Streik? Ach ja, da war doch mal was... Im letzten Wintersemester haben Studierende zuerst in Gießen, dann an den anderen hessischen Hochschulen (ja, auch in Darmstadt) und bis Weihnachten schließlich an über hundert Hochschulen im ganzen Bundesgebiet für bessere Ausstattung der Hochschulen, mehr studentische Mitsprache, ein BAföG, das mehr ist als ein schlechter Witz etc. gestreikt und demonstriert. Die hessische Landesregierung, die sich mit der Peinlichkeit konfrontiert sah, daß in ihrem Reich der Protest seinen Ausgang genommen hatte, hatte es recht eilig, ihren Ruf aufzupolieren, und sicherte noch während des Streiks im Dezember ein Sonderprogramm zur Linderung der Situation im Bibliotheks- und Tutorienbereich zu.

Nachdem sich auch Bundesminister Rüttgers genötigt gesehen hatte, die grandiose Summe von 40 Millionen (bundesweit) zur Verfügung zu stellen, und in Wiesbaden verschiedene Beträge genannt wurden, von denen nicht ganz klar war, ob sie sich auf ein oder zwei Jahre beziehen und ob der Bundesanteil mit eingerechnet war oder nicht, gab das hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst schließlich per Erlaß vom 18. März bekannt, daß den hessischen Hochschulen 1998 7,2 Millionen und 1999 4,1 Millionen (plus evtl. Bundesanteil) zur Verbesserung der Bibliotheksausstattung zur Verfügung gestellt werden. Von diesen 11,3 Mio. werden ca. 2 Mio. für landesweite Projekte (Landeslizenzen für elektronische Fachzeitschriften) ausgegeben; vom Rest entfallen 954.000 DM auf die TUD.

Dieses Geld soll – laut dem Wiesbadener Erlaß – dazu dienen, „kurzfristig die Versorgung der Studierenden mit studienrelevanten Informationen zu verbessern, langfristig Verbesserungen quantitativer und qualitativer Art für Lehre und Studium zu erreichen und Anreize für eine entsprechende Schwerpunktbildung des Informationsangebots zugunsten der Studierenden in den Hochschulen zu fördern“. Damit die Verteilung nicht an uns Studierenden, die das Geld ja immerhin „erstreikt“ hatten, vorbeilaufe, bekamen die ASten jeweils eine Kopie des Erlasses, in dem die Hochschule auch gebeten wurde, „soweit möglich,

die Studentenschaft einzubeziehen und bekannte Beschaffungswünsche der Studierenden [...] zu berücksichtigen.“ Erst nachdem wir (VertreterInnen verschiedener ASten) bei einer Gesprächsrunde im Ministerium angesichts unserer Erfahrungen in Hochschulgremien Zweifel an der Wirksamkeit solcher Appelle geäußert hatten, wurde von jeder Hochschule für Januar 99 ein Zwischenbericht über die Verwendung der Gelder eingefordert, der nicht nur von der Zentralbibliothek, sondern auch vom AStA gegengezeichnet werden muß.

Für die Verteilung der Gelder an der TUD sind die – hier seit gut einem Jahr immer gemeinsam tagenden – Ständigen Ausschüsse IV und V (für Bibliotheks- bzw. Rechnerangelegenheiten) zuständig.

Auf der Sitzung dieser Ausschüsse am 20.5. legte TUD-Vizepräsident Schmiede einen Vorschlag für die Verteilung der ersten Rate von 200 kDM vor, die zur Hälfte an die LHB gehen sollte und zur anderen Hälfte an die Fachbereiche 1-5 der TUD; letzteres begründete er damit, daß nur (oder vor allem oder insbesondere...) dort die vom HMWK geforderten Bedingungen (Öffnungszeiten von mindestens 60 Stunden pro Woche(!), große Einheiten, über den Fachbereich hinausgehende Bedeutung) erfüllt seien bzw. (im Falle der Öffnungszeiten) dies zumindest künftig der Fall sein solle. Die Ausschüsse übernahmen diese Vorschläge, wobei jedoch unterstrichen wurde, daß die Bibliotheken der übrigen Fachbereiche in der nächsten Runde berücksichtigt werden sollten, sofern sie die genannten Kriterien erfüllten; als weitere TU-eigene Kriterien bzw. Schwerpunkte wurden die Zugänglichkeit der Bestände auch für Studierende anderer Fachbereiche sowie eine Förderung der Lernzentren genannt.

Weitere 192 kDM sollen für einen Volltextserver für elektronische Zeitschriften und für Zusammenführung und Verbesserung der (bisher zwei) elektronischen Gesamtkataloge ausgegeben werden.

Zur Vorbereitung der nächsten Sitzung am 22. Juni, auf der die restlichen Mittel für 1998 (nochmal 200 kDM) verteilt werden sollten, wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der Tobias Quosdorf (FS Maschinenbau, Fachschaftenreferat) und Marcus Gotts-

leben (FS Mathe, HoPo-Referat und Mitglied im StA V) als studentische Mitglieder angehörten. Wir informierten die Fachschaften per E-Mail und telefonisch von dem Sonderprogramm und erbatene Lagebeschreibungen und Bedarfsanmeldungen für die Bibliotheken; das Thema wurde auch auf einer Sitzung des Fachschaftenplenums im Juni diskutiert.

Aus dem Rücklauf zusammen mit einer vom Vizepräsidenten erstellten Übersichtsliste stellt sich uns die Situation folgendermaßen dar:

- In den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen (1-3) gibt es recht große Bibliotheken auf der Ebene von 1-2 Instituten mit meist guten Öffnungszeiten (25-40 h/Woche), deren Bestände allerdings mehr oder weniger veraltet sind, so daß uns teilweise dringende Hilferufe der Fachschaften erreichten.
- In Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften (FBe 4-10, 20, 21) gibt es zentrale Fachbereichsbibliotheken mit guten Öffnungszeiten (30-50 h/W); hier wurden wir teilweise eindringlich auf das schnelle Veralten der Literatur und die Servicefunktion dieser Bereiche an der TUD hingewiesen.
- In den Ingenieurwissenschaften (FBe 13-18) ist die Bibliothekslandschaft sehr zersplittert: viele kleine und kleinste Instituts- und Fachgebietsbibliotheken mit oft geringen Öffnungszeiten (20 h/W und weniger), teilweise Zugang „nach Vereinbarung“ mit Professor oder Sekretärin. Eine Aufstockung dieser Bestände wurde von den Fachschaften nicht eingefordert (außer in einem Fachbereich für eine der Institutsbibliotheken, die dort zentrale Aufgaben wahrnimmt und mehr Bücher umfaßt als alle anderen zusammen); in zwei Fachbereichen wurde jedoch eine Aufstockung der Bücherbestände in den jeweiligen Lernzentren angemahnt, die zwar nur recht wenige Bücher umfassen, wobei es sich jedoch um Lehrbücher und Standardwerke handelt, die vor allem im Grundstudium immer wieder benötigt werden.
- Die Fachbereiche 11 und 12 (Geowissenschaften und Vermessungswesen) nehmen hier mit je 3 Institutsbibliotheken (mit Öffnungszeiten von 9 bis 32 h/W) eine Zwischenstellung ein. Auch hier wurde auf ein fast völliges Fehlen aktueller Literatur hingewiesen.

Angesichts dessen und vor dem Hintergrund der schon erfolgten Zuweisung an die Fachbereiche 1-5 hatten wir uns entschlossen,

- vor allem für eine Unterstützung der naturwissenschaftlichen Bibliotheken einzutreten, hierbei eine Verlängerung der Öffnungszeiten bei Bibliotheken mit unter 40 h/W zu fordern,
- in den Ingenieurfachbereichen zunächst nur die Lernzentren sowie die oben angesprochene Institutsbibliothek zu fördern und ansonsten die Umsetzung angeblich in Angriff genommener Umstrukturierungen abzuwarten und
- in den FBen 1-3 einzelne Nachbesserungen vorzunehmen (so sollte die Zuweisung der 1. Rate im FB 3 nur einem Institut zugute kommen).

Ein derartig differenziertes, am von den Fachschaften angegebenen Bedarf orientiertes Vorgehen stieß jedoch schon in der Arbeitsgruppe (die erst $1\frac{1}{2}$ Stunden vor der Ausschußsitzung tagte) auf wenig Gegenliebe. Stattdessen wurde anhand als Tischvorlage verteilter Tabellen über formelgebundene Zuweisungsverfahren debattiert, von denen eines immerhin (durch Nichtberücksichtigung aller Bibliotheken unter 20.000 Büchern) das Größenkriterium berücksichtigen und das andere einen Bonus für (allerdings unklar definierte) Lehrbuchsammlungen vorsehen sollte. Unsere Einwände, etwa daß qualitative Kriterien hierbei nicht berücksichtigt und vorhandene Verteilungungerechtigkeiten reproduziert würden, blieben unberücksichtigt; ein gemeinsamer Vorschlag der Arbeitsgruppe wurde nicht erzielt.

In der anschließenden Ausschußsitzung wiederholte sich dies, wobei die verschiedenen Fachbereichs-egoismen noch unverhohlener aufeinanderprallten: einziger in der Diskussion relevanter Streitpunkt war, ob Bibliotheksbestände oder jährliche Erwerbungssetats das geeignetere Kriterium für die Verteilung der Sondermittel seien (ersteres hätte Bereiche wie die Soziologie mit vielen, auch älteren Werken begünstigt, letzteres Chemie oder Informatik, deren Bücher schnell veralten und die teilweise noch nicht lange bestehen); die letztlich mehrheitlich verabschiedete Verteilung besteht aus einem Kompromiß zwischen diesen Kriterien, der zu Lasten der LHB erzielt wurde und die Kriterien Öffnungszeit, Zugänglichkeit, über den Fachbereich hinausgehende Bedeutung überhaupt nicht berücksichtigt. Auch ein zunächst geplanter Fonds zur Unterstützung von Lernzentren wurde zwischen den verschiedenen Begehlichkeiten zerrieben. Ein weiterer Kritikpunkt ist, daß eine Zuweisung an Fachbereiche (statt an Bibliotheken) die Möglichkeit ungenutzt läßt, innerhalb eines Fachbereiches gezielt große Bibliotheken oder solche mit günstigen Öffnungszeiten zu fördern.

Zusammenfassend bleibt wohl festzustellen, daß die Zielsetzungen des Programms – besonders dringende Notlagen zu lindern und auf eine Verbesserung der

Zugänglichkeit von Literatur für Studierende hinzuwirken – zumindest für 1998 nicht erreicht werden, auch wenn TUD-Kanzler nach der Abstimmung zusagte, die Fachbereiche um Einhaltung der Kriterien zu ersuchen und diese vielleicht in der Verteilung für 1999 zu berücksichtigen. In den Fachbereichen, die ihr Bibliothekswesen schon jetzt einigermaßen sinnvoll organisiert haben, mögen die zugewiesenen Mittel zu einer gewissen Verbesserung führen; ein nicht unerheblicher Teil des Geldes darf jedoch wohl als verloren gelten, da er in den gleichen Strukturen ver-

sichern wird wie Millionen davor und ein Anreiz zu Umorganisationen im studentischen Interesse nicht erkennbar ist.

Dies zeigt m.E. exemplarisch – anhand einiger hundert kDM Spielgeld, knapp 2% des TUD-Haushaltes –, daß eine Steigerung der Autonomie der Hochschulen ohne gleichzeitige umfassende Demokratisierung ein Holzweg der Politik ist und daß wohl noch viele Streiks nötig sind, damit Verbesserungen für die Studierenden spürbar werden.

STUDENTISCHES RADIO IN DARMSTADT?

VON MARKUS LANG

AudioMax? - "Da muß doch ein orthographischer Fehler vorliegen! Oder?"

Falsch! Das Auditorium Maximum - kurz AudiMax genannt- ist bekanntlich der größte Hörsaal an der TU, in Anlehnung daran der Name.

AudioMax, die StudentInnen Redaktion der Darmstädter Hochschulen ist leider noch nicht ganz so groß, aber dafür kann man uns hören! Schon seit dem Sendestart von Radio Darmstadt im Februar 1997 sind wir wöchentlich jeden Dienstagabend von 18.05 bis 19.00Uhr – auf der Frequenz 103,4 MHz (102,75 im Kabel) mit einem Magazin rund um Darmstadts Uni und Hochschule im Äther. Über was berichten wir? Zunächst einmal bieten schon alleine TU und FH ein unerschöpfliches Feld an Themen: AStA und Hochschulpolitik, Porträts einzelner Fachbereiche und studentischer Gruppen, die Angebote, der verschiedenen Zentralen Einrichtungen und des Studentenwerks, kulturelle Veranstaltungen... - die Liste ließe sich leicht fortsetzen.

Wir wollen das Medium "Radio" bewußt als Forum gebrauchen, um die Vielfalt der Angebote und Aktivitäten, die sich an TU und FH von der studentischen als auch von der institutionellen Seite her bieten, einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen.

Unser Themenbereich beschränkt sich aber nicht nur auf Aktivitäten an den Hochschulen. Gerade Themen die uns als StudentInnen persönlich betreffen oder interessieren sind ein sehr wichtiger Bestandteil der Sendungen. Die Palette der bislang gesendeten Themen erstreckt sich dabei von Aids-Beratung, BAföG,

Wohnen, Semesterjobs, Politik, Literatur bis zu ausgefalleneren, provokanteren Themen wie Sex und Drogen. Der Grundsatz der Redaktion ist es, jedem Redaktionsmitglied bei der Auswahl der Themen und bei der Gestaltung seiner Sendbeiträge und Sendung so viel Freiheit wie möglich zu geben und zu lassen. Im Gegensatz zu den öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Radiosendern sind wir nicht an feste Sendemuster gebunden. Radio machen soll vor allem viel Spaß bereiten und der Kreativität keine Grenzen setzen!

Weiterhin unternimmt die Redaktion jedes Jahr einige Ausflüge. Geplant für den November/Dezember 98 sind Besuche beim HR und CFN in Frankfurt im April des nächsten Jahres wollen wir das Smart-Werk im Elsaß besichtigen. Daneben bieten wir in Kooperation mit Radio Darmstadt regelmäßig Workshops und journalistische Fortbildungsseminare an. Wenn Du Lust bekommen hast, ein wenig journalistisch tätig zu werden, selbständig (natürlich mit der Hilfe und Unterstützung der Redaktion) Interviews zu fahren, Reportagen, kleine Beiträge oder z.B. ein Hörspiel zu erstellen und selbst eine Sendung zu moderieren, dann bist Du... Herzlich Willkommen!

Die Redaktion trifft sich jeden Mittwoch ab 20.00 Uhr zur Redaktionssitzung im Raum 92 in Gebäude 10 (Zintl-Institut), gegenüber dem alten TU-Hauptgebäude. Telefonisch erreichst Du uns jederzeit über unsere Redaktionsnummer 06151-166684 (Anrufbeantworter). Bis dann!

GEKAUFT UND VERGESSEN

EINE MOMENTAUFNAHME ZUR SITUATION DER PRETZELBIBLIOTHEK

VON MICHAEL ENDERLEIN

Die Klagen über schlecht ausgestattete Bibliotheken gehören an Universitäten leider zum Alltag. Nicht zuletzt durch die Studierenden-Proteste im Wintersemester 97/98 wurde auch die Öffentlichkeit auf die teilweise skandalösen Bedingungen aufmerksam. Der oft gerufene (und schnell verhaltene) Slogan "Mehr Geld für Bildung" ließ zwar ebensowenig auf die geistige Elite, zu der sich Studierende fälschlicherweise noch immer zählen, schließen wie Aktionen unter dem Motto "Bettelstudent", die das Ziel verfolgten, wohlgesinnte Unternehmer (aufgrund der kaum geäußerten Systemkritik?) um ein paar Mark Büchergeld zu erleichtern. Dennoch sah sich die damalige Regierung Kohl so unter Druck geraten, daß sie in Zusammenarbeit mit den Ländern Geldgeschenke ("Sofortmaßnahme") an die Bibliotheken verteilte, diese aber als Schweige-Geld verstand. Berechtigte Forderungen vorzutragen, unabhängig davon auf welche Art dies geschieht, ist die eine Seite, die richtigen Adressaten zu finden die andere. Nicht das die Regierungen in Bonn/Berlin bzw. Wiesbaden zu Unrecht kritisiert worden wären, ein Blick an die TU Darmstadt hätte jedoch nicht geschadet. Hier liegt seit Jahren die sogenannte Pretzel-Bibliothek unter Verschuß.

Ulrich Pretzel und seine Bibliothek

Der Name geht auf den 1981 verstorbenen Germanisten Ulrich Pretzel zurück. Pretzel, 1898 geboren, gilt als Wiederbegründer der Germanistik an der Uni Hamburg nach 1945. Von seinen Schülern wurde er stets als geduldiger und kompetenter Lehrer sowie als faszinierende Persönlichkeit beschrieben.¹ Dem fügen sich nahtlos Schilderungen ein, die Auskunft darüber geben, wie Pretzel Studenten zu sich nach Hause einlud, diese in seiner Bibliothek stöbern ließ und ihnen Bücher lieh.

Sein Hauptarbeitsgebiet war die mittelhochdeutsche Dichtung, auf welche sich auch sein publiziertes Werk konzentrierte. Darüberhinaus interessierte sich Pretzel für eine Vielzahl verwandter Wissenschaften und war "passionierte[r] Sammler kleiner und großer Dinge, vor allem aber der Bücher"². So verwundert es nicht, daß eine enorme Büchersammlung entstand, die neben umfangreicher germanistischer Fachliteratur etliche Werke der Gebiete Geschichte, Pädagogik, Theologie, Philosophie bis hin zu Geographie und Naturwissenschaften umfaßt. Handschriftlich wurden von Pretzel die Zugänge zur Bibliothek inventarisiert, die Listen umfassen den Zeitraum von 1915 bis 1981!

TH kauft Pretzels Nachlaß für 500.000 DM

Die Verbindung nach Darmstadt: Anfang der achtziger Jahre wurde der Germanistik-Professor Wolfgang Promies, "ein Vertrauter Pretzels"³, nach Darmstadt berufen. Promies, vorher in Oldenburg tätig, hatte von Pretzel die Zusage erhalten, dessen Buchbestände "als Grundstock für die dortige junge Hochschule, nützlich für Studenten, Lehre und Forschung"⁴ zu bekommen. Nach seinem Wechsel machte er sich für einen Ankauf durch die TH Darmstadt stark und wurde in diesem Ansinnen vom damaligen TH-Präsidenten Prof. Helmut Böhme, der Pretzel ebenfalls persönlich kannte und um den Wert der Bibliothek wußte, unterstützt.⁵

Ein nicht namentlich genannter Spender wurde gefunden, der der THD half, sich gegen andere Bewerber durchzusetzen. 1983 wurde die Pretzel-Bibliothek, die als "eine der letzten großen Gelehrtenbibliothek[en] auf deutschem Boden"⁶ gilt,

¹Vgl. dazu den hymnisch anmutenden Nachruf von Wapnewski, Peter: Geistesfülle. Zum Tode von Ulrich Pretzel. In: FAZ, 23. 11. 1981, S.25.

²Ebd.

³Feuck, Jörg: Ein Schatz, der noch wenig Freude macht. In: FR, 7. 2. 96, S. 26.

⁴ebd.

⁵Vgl. Feuck: Ein Schatz...

⁶Darmstädter Echo, 14. 11. 1988

schließlich gekauft. Die Höhe des Kaufpreises unbefristet lassend war von "nicht geringe[n] Geldmittel[n]"⁷ die Rede, Feuck spricht 1995 von einer halben Million Mark.⁸

In einer Projektarbeit bezüglich der "Kriegsverluste und ihrer Wiederbeschaffung an der LHB" wird als Grund für den Kauf "die Möglichkeit der Ergänzung des durch die Bombardierung während des 2. Weltkriegs stark dezimierten Bestandes im Bereich der Geisteswissenschaften, insbesondere auf den Gebieten Literatur- und Sprachwissenschaften" genannt.⁹ Die Autoren nehmen weiterhin eine Bestandsauflistung vor: diese gliedert sich in drei Spalten (Anzahl der Kisten, Anzahl der Bände - geschätzte 50-60 Bände pro Kiste, %-Anteil der Fachgruppe).¹⁰ Als Ergebnis sind 1076 Bücherkisten zu verzeichnen, in denen ca. 53800 bis 64560 Bände lagern.¹¹ Erschreckend muß die Zeitspanne zwischen Ankauf (1983) und Erstellung der Projektarbeit (1987) erscheinen. Vier Jahre nachdem die Pretzel-Bibliothek, mit der Verpflichtung sie als "geschlossenes Ensemble"¹² der Forschung zugänglich zu machen, erwor-

ben wurde, lagerte sie noch immer in Kisten! Die Vorgänge der folgenden Jahre ließen wenig Besserung eintreten: hin und wieder arbeiteten Studentische Hilfskräfte, Wissenschaftliche Mitarbeiter und ABM-Kräfte an der Katalogisierung ohne daß die Arbeiten koordiniert wurden. Konzepte zur Einarbeitung wechselten mit den tätigen Personen. Dazu kamen Ablehnungen bezüglich der Kostenübernahme durch Stiftungen (aufgrund des "unspezifischen Charakters" der Bibliothek) und halbherzige (da nicht dauerhafte) finanzielle Förderungen durch das Wissenschaftsministerium. Der Frage, wer für die Finanzierung letztlich verantwortlich sei widmeten sich unzählige Sitzungen: Direktorium (Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft), Fachbereichsrat (FB 2, Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften), Bibliotheksausschuß und verschiedene Verwaltungsstellen schafften es jedoch nicht, ein finanzielles Konzept zu erstellen - was für deutsche Beamte noch immer Grund genug war, auch strukturelle Überlegungen verkümmern zu lassen.



Ein Bild des Grauens: So wurde die Pretzel-Bibliothek in der Stöferle-Halle über Jahre hinweg gelagert. (Datum des Photos: 28.02.96)

⁷Bergmann, H.; Kark, G.; Schickling, S.: Kriegsverluste und ihre Wiederbeschaffung an der Hessischen Landes- und Hochschulbibliothek. (Projektarbeit) Darmstadt, 1987, S. 58. (Ansichtsexemplar in der LHB)

⁸Vgl. Feuck: Ein Schatz...

⁹Bergmann u.a.: Kriegsverluste...(wie Fußnote 7)

¹⁰Ebd., S.59f

¹¹Ebd.

¹²Feuck: Ein Schatz...

Präsident Wörner, der diese "bedauerliche Angelegenheit"¹³ als 'Altlast' in seine Amtszeit übernahm, wollte sich 1996 dieses Themas annehmen, gelobte gegenüber der Frankfurter Rundschau Besserung¹⁴, die bis heute indes nicht konstatiert werden kann. Es sei hier noch einmal auf den Wunsch Pretzels und seiner Erben verwiesen, die Bibliothek geschlossen der Forschung zugänglich zu machen - was ignoriert wurde und schon an sich ungeheuerlich ist. Daß die TUD mehr als eine halbe Million Mark (zum Kaufpreis summierten sich Materialkosten und Hilfskraft-Honorare im geschätzten Bereich zwischen 50.000DM und 100.000 DM) für Bücher ausgab, von denen kein einziges zugänglich ist, kann nur als Skandal bezeichnet werden. Obendrein kommt die Tatsache, daß ein großer Teil der Bibliothek in dilettantischem Betreiben unsachgemäß gelagert wurde. In Pappkartons (den Originalkartons der Anlieferung von 1983) standen die Bücher jahrelang in einer Lagerhalle, deren Dach undicht war. Das Ergebnis war die teilweise Verrottung der Bestände. Nicht etwa die Restauration der beschädigten Werke wurde danach in die Wege geleitet sondern nur die Verbringung an einen anderen Platz (derzeit stehen die noch nicht entsorgten Bücher in trockenen Räumen des Schlosses). Fazit: Ungeheuerlich? Skandalös?... Angesichts der eingangs erwähnten Klagen und der mittlerweile verstrichenen fünfzehn Jahre verkommt die Situation vor Ort zur Groteske. Das Resümee der 87er Projektarbeit lautete: "Wenn die Erschließung der Pretzel-Bibliothek abgeschlossen sein wird, wäre auf dem Gebiet der Wiederbeschaffung zerstörter Bestände einer der wichtigsten Schritte in den letzten 40 Jahren getan. Es bleibt nur zu hoffen, daß die mangelhafte finanzielle Ausstattung des Bibliothekswesens die Erschließung und Präsentation dieser einzigartigen Sammlung zu Forschungszwecken nicht zunichte machen wird."¹⁵

Anmerkung 1:

Im "Darmstädter Bibliotheksführer", den die Hessische Landes- und Hochschulbibliothek 1985 vorlegte, wird die Pretzel-Bibliothek unter der Rubrik "Außerhalb der Fachbereiche" aufgeführt. Nach dieser Angabe umfaßt sie ca. 60000 Bände; Alphabetischer Katalog (AK) sowie Systematischer Katalog (SyK) befinden sich im Aufbau.

Der Eintrag ist mit dem Zusatz "Zur Zeit nicht benutzbar" versehen.

Anmerkung 2:

In der Neuauflage der o. g. Broschüre von 1998 findet sich kein Eintrag zur Pretzel-Bibliothek. Im Vorwort heißt es, "die Angebote der Bibliotheken [haben sich] in den vergangenen 13 Jahren erheblich erweitert". Von Streichungen ist nicht die Rede.

Nachtrag: Um den leeren Worten vom "bedauerlichen Einzelfall" vorzubeugen:

"Ein Material, das nach Aufarbeitung schreit"¹⁶ - so urteilte der damalige TH-Präsident Prof. Böhme beim Ankauf der Cobet-Bibliothek. Mit Hilfe des als Financier gewonnenen Diplom-Kaufmanns Manfred Sittmann konnte im Juli 1981 die Sammlung "Deutschland 1945 bis 1949" des Frankfurter Antiquars Dr. Christoph Cobet für 200000 DM (Eigenanteil der TH: 50000 DM) erworben werden.¹⁷ Die Sammlung umfaßt ca. 5000 Bücher und Zeitschriften und "gibt einen nahezu vollständigen Überblick über die kulturelle, politische, theologische und philosophische Diskussion der Nachkriegsjahre".¹⁸ Dennoch erfuhr sie die gleiche nachlässige Behandlung wie die Pretzel-Bibliothek.

- In der ersten Auflage (1985) des o. g. "Darmstädter Bibliotheksführers" noch mit dem Zusatz "Etablierung als Forschungsschwerpunkt des Fachbereichs 2" versehen, taucht die Sammlung in der zweiten Auflage dreizehn Jahre später nicht mehr auf.
- Den Worten Evelies Mayers (damalige Dekanin des FB Gesellschaftswissenschaften) folgend, soll die Cobet-Bibliothek "aber nicht nur Lehrer und Forschung befruchten, sondern auch Anstöße für einen neuen Dialog zwischen Studenten und Professoren geben [...]. Auch eine breite Öffentlichkeit werde bei Kolloquien Gelegenheit bekommen, sich mit diesen Zeitdokumenten auseinanderzusetzen."¹⁹ Bis heute (über 17 Jahre nach Ankauf) ist die Bibliothek Studierenden und der Öffentlichkeit unzugänglich.

Die Behandlung der Sammlung ist ein weiterer trauriger Beleg dafür, wie mit "einmaligen zeitgeschichtlichen Wert[en]" umgegangen wird, wie "neue Chancen interdisziplinärer Zusammenarbeit" für Forschung und Lehre" vertan werden.²⁰

¹³So zitiert bei Feuck: Ein Schatz...

¹⁴Ebd.

¹⁵Bergmann u. a.: Kriegsverluste..., S.61.

¹⁶Vgl.: Frankfurter Neue Presse, 20. 7. 1981; FAZ, 20. 7. 1981; Frankfurter Rundschau, 20. 7. 1981; Darmstädter Echo, 18. 7. 1981

¹⁷Darmstädter Echo, 18. 7. 1981

¹⁸Ebd.

¹⁹Ebd.

²⁰Ebd. (Zitate: Böhme, Mayer)

UND WAS KOMMT JETZT? – RESÜMEE DER SOMMERUNI –

VON JÖRG SCHROEDER

“Der Ferienkalender !!!” wurde lange Jahre im Ferienprogramm von ARD und ZDF von Kinderstimmen gerufen. Was werden die Studierenden der Darmstädter Hochschulen nach dem Sommersemester 98 rufen? Ich hoffe nicht nach dem Ferienkalender, sondern nach der SommerUni 99? Und weil ich mir überlege, was nächstes Jahr anders werden könnte, schwirren mir einige Gedanken zur diesjährigen SommerUni durch den Kopf, die ich für erwähnenswert halte.



Zunächst nochmal ein großes Dankeschön !!! meinerseits an die OrganisatorInnen für ihre Arbeit. Aus dem Impuls des Streiks im WS 97/98 haben sie eine einwöchige SommerUni mit 23 Workshops entstehen lassen, die den veränderungsbedürftigen Hochschulen eine alternative, selbstbestimmte Uni entgegengesetzt hat. Der Dank gilt natürlich auch den Workshop-AnbieterInnen, die ein vielfältiges Programm darboten.

Henrike Lersch: Eine der Organisatorinnen

Die Inhalte und Formen der Veranstaltungen wurden jedoch sehr einseitig angenommen. Tendenziell beteiligten sich die meisten TeilnehmerInnen an “praktischen” Angeboten. Auch in meinem Workshop “Fußball und Gesellschaft” boomte das Spielen, aber der Diskussionsteil fand nur teilweise statt. Der Workshop “Hochschule neu denken” fiel ganz aus! Dagegen fanden z.B. Digeridoo, Bauchtanz, Trommeln und Videofilmen kontinuierliches Interesse. Also doch “Ferienspiele für Studis”, wie die Anbieterin eines “praktischen” Workshops kritisierte? Vielleicht wurde es hier und da so angenommen. Die Situation scheint mir aber vielfältiger. Schließlich waren engagierte Personen dabei, die politische Anliegen mit der SommerUni vertragen. Meines Erachtens war die SommerUni 98 ein

Gegen-Spiegel der Hochschulsituation. Hier Dominanz des theoretisch-abstrakten Lernens, Effizienz statt Bildung, Elfenbeinturm-Tendenzen und anonyme Strukturen, dort praktisch-materiale Tätigkeiten, Lernen ohne Verwertungszwang, Verbindung von Wissenschaft mit gesellschaftlichen Fragen und Platz für persönliche Erfahrungen. Nach meiner Ansicht waren es keine Ferienspiele. Eher eine Insel anderer Möglichkeiten mitten in der örtlichen Hochschullandschaft. Das SommerUni-Cafe war im Lernzentrum untergebracht und die Workshops und das Rahmenprogramm fanden in universitären und studentischen Räumen statt. Ein guter Anfang, der sich aber in Zukunft mit der einseitigen Inanspruchnahme des Angebots und dem Inseldasein auseinander-

setzen muß.

SommerUni - Eine Insel?

Alle Mitglieder der Hochschulen waren seitens der OrganistorenInnen aufgefordert worden mitzugestalten. Mir ist nur ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und ein emeritierter Professor bekannt, die mitgewirkt haben. Von einer größeren Beteiligung der Studierenden ganz zu schweigen. Dennoch scheint mir eine hohe Unbeweglichkeit der Personen im Uni-Apparat ein Grund für das Insel-Dasein zu sein. Ich habe selbst erlebt, wie ein Professor in einer Fachbereichsratssitzung nach dem Thema der SommerUni fragte, um zu wissen, ob er sich einbringen könne. Mit der ihm angebotenen thematischen Offenheit und Gestaltungsfreiheit konnte er wohl wenig anfangen.

Keine Experimente? Doch genau dafür kann die SommerUni ein Ort sein. Sie wird sich in Zukunft fragen müssen, welche rückwirkende Verzahnung einerseits mit den Hochschulen möglich ist, ohne von den Apparaten aufgefressen zu werden. Andererseits wie weitere Kontakte und Beteiligte außerhalb der Hochschule gefunden werden können. Daß die persönlichen Erfahrungen in die Hochschulen und ihre Strukturen hineinwirken, hoffe ich - ist mir aber zu wenig für den Anspruch, zumindest lokal verändernder Impuls für Bildung und Hochschule zu sein.

Theorie oder Praxis?

Um der Frage nachzugehen, weshalb die "praktischen Workshops besser besucht waren, will ich kurz einen Blick auf meinen eigenen Workshop werfen. Nach dem Verlauf meines Workshops befragt, bekam ich nach kurzem Erzählen sinngemäß den ironischen Kommentar: "Na, das sind aber revolutionäre pädagogische Konzepte." Jetzt sind nicht gleich "revolutionäre pädagogische Konzepte" für die SommerUni notwendig. Jedoch muß ich mich schon fragen: 'Welchem Konzept bin ich da eigentlich gefolgt? Standard-Soziologie-Seminar und ein bißchen Spielen?' Es ist eine Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis und die würde ich an alle Workshop-AnbieterInnen stellen. Ich vermute zwar, daß die "praktischen" Workshops auch aufgrund ihrer hochschulfremden Themen dominierten und somit eine positive Erweiterung sind. Aber wenn wir das schiefe Verhältnis von Theorie und Praxis an den Hochschulen nur umkehren, laufen wir tatsächlich Gefahr, lediglich einen Erholungsraum vom konventionellen Hochschulbetrieb zu schaffen. In meinem Workshop waren Theorie und Praxis zwar zusammen, standen jedoch etwas benebelt nebeneinander. Da ist Phantasie und Zusammenarbeit gefragt, um neue Wege finden zu können. Vielleicht könnten sich die Workshop-AnbieterInnen im Vorfeld zum Austausch treffen. Eine Idee für die SommerUni 99?



Trommel-Workshop: Gemeinschaftserlebnisse der besonderen Art (Photos: HL)

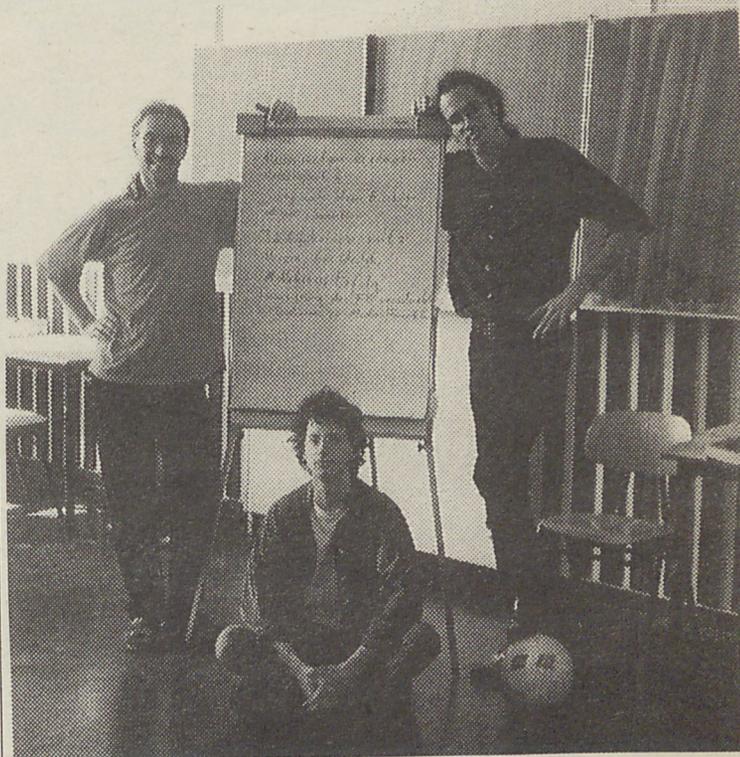
YOU'LL NEVER WALK ALONE!

FUSSBALL IN (BESTER) GESELLSCHAFT

ZUM WORKSHOP "FUSSBALL UND GESELLSCHAFT"

VON VASCO REUSS UND JÖRG SCHROEDER

Die Idee zu diesem Workshop entstand in der Auseinandersetzung von Jörg's Fußball-Aversion und Vasco's Fußball-Passion. Folgende Fragen stellten wir uns: Wie kam es, daß wir zwei so unterschiedliche Einstellungen zu diesem Massensport entwickelt hatten? Warum war es überhaupt ein Massensport und welche gesellschaftlichen Bedingungen waren der Grund dafür? Es entstanden weitere Fragen, die auf einen fruchtbaren Boden während der Fußball-Weltmeisterschaft (dieses Jahr in Frankreich) fielen. Sowohl die Atmosphäre der Spielübertragungen, denen sich Diskussionen im FreundInnenkreis anschlossen, als auch das allwöchentliche eigene Spiel in einer losen AmateurInnengruppe boten den Rahmen für die Vorbereitung, die wir mit wissenschaftlicher Literatur (Soziologie, Kulturwissenschaft) gestalten. Im Workshop selbst standen zunächst die eigenen Sport- und Fußballerfahrungen im Vordergrund. Als bedeutend erwiesen sich die Zeiten des Schulsports und die (Nicht-)Mitgliedschaft in Vereinen. Das Versagen oder der Erfolg, die Demütigungen oder Auszeichnungen sowie die Stellung von Sport und Fußball im FreundInnenkreis und der Familie bestimmten die Sportbiographien der Einzelnen nachhaltig. Als ein weiterer bedeutender Aspekt des Fußballsports erwiesen sich die Medien - vor allem das Fernsehen. Es wurde zum Ausgangspunkt der Diskussion um den Massencharakter des Fußballsports und seiner Kommerzialisierung. Brachten die Medien die Massen zum Fußballspiel oder ist es dieser Sport selbst, der so viele Menschen anzieht? Wie sah diese Wechselwirkung von Medien und Fußball auch in Hinsicht auf wirtschaftliche Interessen aus? Und schließlich, nach den brutalen Ausschreitungen in Frankreich, die Beziehung von Gewalt und Fußball. Wir vereinbarten, anhand des Themas der Identifikation mit Erfolg, Nationen, Vereinen oder Männlichkeitsbildern und der Abgrenzung hiervon weiter zu diskutieren. Leider kam diese zweite vorgesehene Runde so nicht zustande. Sie geriet vielmehr zu einer Nachbereitung der Praxiseinheit. Denn das Angebot, selbst Fußball zu spielen, boombte erwartungsgemäß. Am ersten Spieltag (Dienstag) waren es ca. 20, am Freitag um die 30 Fußballwillige, wobei die Männer hier zahlenmäßig dominierten.



Das erste Spiel, eine Mischung aus AnfängerInnen, HobbyspielerInnen und leistungswilligen Taktikern erzeugte ein explosives Gemisch. Manche Männer übernahmen die Rolle der Mannschaftsführer oder drängten auf Leistung und Taktik. Die AnfängerInnen fühlten sich teilweise mißachtet oder ausgeschlossen. Zwei Spieler gerieten sogar in einem aggressiven Wortwechsel aneinander. Vor diesem Hintergrund ist es schade, daß der zweite Diskussionsteil nicht wie geplant stattfand, um genauer nachzufragen, was alles - vor allem an gesellschaftlichen Bedingungen - in diese Spielsituation hineinwirkte. Stattdessen wurde in kleinerem Kreis vor allem nach persönlichen und zwischenmenschlichen Ursachen für das etwas mißlungene Spiel gesucht. Vasco machte vor dem zweiten Spiel nochmals auf das Problem aufmerksam, so daß dieser zweite Spieltag um vieles entspannter verlief.

Insgesamt würden wir die Grundidee, ein nicht auf den ersten Blick gesellschaftstheoretisches Thema wie den Fußball in einen Workshop einzubringen, gerne wiederholen. Es hat unseren persönlichen Umgang mit Fußball verändert und war hoffentlich auch für die anderen ein Anstoß! P.S. Bei Interesse kann die Literaturliste zum Workshop bezogen werden bei Jörg (06151/422180) oder Vasco (06151/663446)



große Teller	Ø24 cm
Kuchenteller	Ø18 cm
Suppenteller	Ø24 cm
Glasschüsselchen	Ø14 cm
Kaffeepötte	
Weingläser	0,2 l
Sektgläser	0,2 l
Wassergläser	0,2 l
Bierbumpen	0,4 l
Messer	
Gabeln	
Kuchengabeln	
Suppenlöffel	
Kaffeelöffel	

Preise pro Büroöffnungstag:
für das Geschirr -,10 DM
für das Besteck -,05 DM

Kautions 100,- DM

**Die Teile müssen gespült
 zurückgebracht werden!!!**

Telefonische Vorbestellung:
ASTA Lichtwiese 06151 / 163217
ASTA Innenstadt 06151 / 162117

Öffnungszeiten der ASTA-Büros:
Montag-Freitag 11.00-13.30
Montag-Donnerstag 9.00-13.30

RUNDGANG FÜR STUDIENANFÄNGERINNEN UND ALLE INTERESSIERTEN STUDENTINNEN ALLER STUDIENRICHTUNGEN DER TUD

Die Uni und Darmstadt einmal anders kennenlernen!

Wo geht Frau hin, um andere Frauen zu treffen, mit/von ihnen zu lernen, sich zu vergnügen, Sport zu treiben, Unterstützung zu bekommen...???

Woher bekommt Ihr Informationen, die für Euch als Frau an der TUD und in Darmstadt wichtig sind?

Welche wichtigen Anlaufstellen gibt es für Studentinnen an der TUD?

D I E Möglichkeit für Frauen...

- ... ihre (neue) Situation als Studentin an der TUD mit anderen Studentinnen zu besprechen und (erste) Kontakte zu knüpfen!
- ... Frauen aus dem eigenen und/oder aus anderen Fachbereichen,

- ... die Frauenbeauftragte der Uni, Ellen von Borzyskowski,
- ... eine Mitarbeiterin der Zentralen Studienberatung (ZSB),
- ... aktive Frauen des autonomen FrauenLesbenReferates und des AStA's kennenzulernen!!!
- ... im Anschluß an den Rundgang am ersten Frauen-Stammtisch des Wintersemesters im Café Ballon teilzunehmen!!!

Treffpunkt: TU Stadtmitte, Allgemeines Lernzentrum (ALZ) im Innenhof der Mensa/Stadtmitte.

Wann: Montag, 26. Oktober, um 16.00 Uhr bis ca 18.30 Uhr, im Anschluß Frauen-Stammtisch im Cafe Ballon.

STELLENANGEBOT DES AUTONOMEN FRAUENLESBENREFERAT

Wir suchen Euch:

Frauen, Lesben, Ausländerinnen, Migrantinnen, Frauen unterschiedlicher kultureller Herkunft, "behinderte"/"andersfähige" Frauen, bisexuelle Frauen und alle anderen Frauen, die nicht explizit erwähnt wurden,

die sich politisch engagieren wollen oder erste Erfahrungen in diesem Bereich sammeln wollen - zum nächstmöglichen Termin!

Das Autonome FrauenLesbenReferat bietet:

die Möglichkeit, sämtliche Facetten Eurer Kreati-

vität und Eures Einfallsreichtums in Form von Veranstaltungen, Diskussionen, Exkursionen und publizistischen "Werken" schillern zu lassen.

Wenn Du Lust hast, Dir neben dem Studium noch andere Fähigkeiten (z.B. selbständiges Denken, Organisationstalent, Kritikfähigkeit, Eigenverantwortlichkeit!!!) anzueignen bzw. Dir diese zu erhalten, was in diesen veralteten und verkrusteten Uni-Strukturen nicht leicht ist, dann komm doch vorbei!

Wo? Im Autonomen FrauenLesbenReferat (neben dem "Offenen Raum" des AStA).
Wann? Jeden Montag um 18.00 Uhr und/oder zu den Sprechzeiten der Referentinnen.

KARAWANE FÜR DIE RECHTE DER FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN

– VON GISELA UND FRANKA –

Von August bis September dieses Jahres zog die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen durch die BRD. Etwa 35 Flüchtlinge, MigrantInnen und UnterstützerInnen fuhren von Bremen aus durch etwa 40 Städte, in denen sie, unterstützt von lokalen Netzwerken, antirassistischen Gruppen und MigrantInnen-Organisationen, Demonstrationen und Aktionen an verschiedenen Orten des alltäglichen staatlichen Rassismus durchführten.

Auch in Darmstadt wurde anlässlich dieser Initiative von Flüchtlingen und MigrantInnen des Bremer Menschenrechtsvereins ein kleines Bündnis gegründet, um die Karawane mit Informationsveranstaltungen und einem Solidaritätsfest im Innenhof des Schlosses zu unterstützen.



“Wir haben keine Wahl – aber eine Stimme!”

Am 12.9. machten wir eine leider schlecht besuchte Kundgebung vor der AusländerInnenbehörde in Darmstadt. Dann fuhren wir gemeinsam nach Frankfurt, wo die Karawane mit einem Schiff aus Hanau ankam. Trotz Dauerstress der TeilnehmerInnen, die seit vier Wochen täglich von einer Stadt in die nächste zogen, war die Stimmung unter ihnen sehr powervoll. Die anschließende Demonstration durch die Stadt war nicht zu übersehen und zu überhören und endete mit einem internationalen Solidaritätsfest.

Daß das Darmstädter Echo über die Karawane berichtete, war eher die Ausnahme. Bundesweit wurden ihre Inhalte und Ziele weitestgehend totgeschwiegen. Deshalb möchten wir hier den Aufruf der InitiatorInnen abdrucken.

Die nächste Karawane kommt bestimmt und wir hoffen dann auf eure aktive Solidarität!

Die KARAWANE

Ein breites Bündnis von Flüchtlings- und MigrantInnengruppen und antirassistischen Initiativen plant eine bundesweite Demonstration gegen die immer schneller eskalierenden Angriffe gegen Flüchtlinge. Diese "Karawane" wird am 14. August in Bremen starten und in Köln am 20. September enden - eine Woche vor den Bundestagswahlen. 5 Wochen lang werden wir von Stadt zu Stadt ziehen, mit großen politischen Aktionen in 40 Städten. Größere Entfernungen werden wir in Bussen, Kleinbussen und an einigen Stellen mit Schiffen überbrücken, aber durch die dichtbevölkerten Teile Deutschlands wollen wir zu Fuß demonstrieren. Unser Ziel ist es, uns während der Wahlkampfzeit kräftig auf lokaler wie bundesweiter Ebene in die Politik einzumischen.

Die unsäglichen Äußerungen, die die CDU- und SPD-Politiker Anfang des Jahres anlässlich der Ankunft der kurdischen Flüchtlinge in Italien gemacht haben, gaben uns einen Vorgeschmack auf die Haltung dieser Parteien gegenüber Flüchtlingen. Als Italien die KurdInnen, die an ihren Küsten ankamen als politische Flüchtlinge bezeichnete, bestand Deutschland darauf, sie seien "kriminelle Einwanderer" und griff die italienische Regierung an, weil sie ihre Grenzen nicht genügend abschotten würde.

Nicht nur Flüchtlinge, auch andere MigrantInnen sind betroffen. Einflußreiche politische Personen haben bereits offen erklärt, daß "die zweite MigrantInnengeneration von der Wirtschaft nicht mehr gebraucht werde". Sie argumentieren damit, diese Jugendlichen seien unterqualifiziert, hätten keinen Respekt vor den deutschen Gesetzen, seien in "kriminelle Aktivitäten" verwickelt und nicht in die deutsche Gesellschaft integriert. Tatsächlich steigt die Zahl der Menschen, die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, aber aufgrund "krimineller Handlungen" abgeschoben werden, rapide an. Die Politik der Kriminalisierung ist eng verbunden mit der Abschiebep Praxis.

Während die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, werden die Reichen immer reicher. Zynische und opportunistische Politiker werden das System und den Status quo verteidigen, indem sie versuchen, die berechnete Wut, die die Armen auf die Reichen haben, gegen die Flüchtlinge zu wenden. Die verhängnisvollen Aussagen von diesen Politikern finden eine beängstigende Resonanz in der deutschen Gesellschaft. Die Stimmengewinne der DVU in Sachsen-Anhalt sind bloß die Spitze des Eisbergs.

Wir haben keine Wahl aber eine Stimme!

Flüchtlinge und MigrantInnen können die Wahlen nicht direkt beeinflussen - obwohl wir in vielerlei Hinsicht ihr Thema sein werden. In der Wahlkampfzeit

werden wir mit der "Karawane" dafür kämpfen, unsere Realität ins Bewußtsein der deutschen und weltweiten Politik zu bringen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz

Die geplanten Gesetzesänderungen zum Asylbewerberleistungsgesetz werden hundertausende von uns, die nur eine "Duldung" besitzen, in eine Lage bringen, in der es real unmöglich sein wird, in Deutschland zu leben. Trotz der Proteste gegen dieses Gesetzesvorhaben, haben wir keinen Anlaß zu glauben, daß es gestoppt werden wird. Das Gesetz wird es den Behörden erlauben, Sozialhilfe und Krankengeldleistungen komplett zu streichen, und uns aus den Unterkünften herauszuwerfen. Dies ist das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, daß ein Teil der Bevölkerung vollständig von Sozialleistungen ausgeschlossen sein wird. Der dahinter stehende Gedanke ist offensichtlich, uns den Aufenthalt und das Leben hier unmöglich zu machen, damit wir Deutschland "freiwillig" verlassen. Die Umsetzung des Gesetzes wird in den Händen der einzelnen Länderbehörden sein, und es wird daher ziemlich vom politischen Klima abhängen, wie genau dieses geschehen wird. Die "Karawane" wird versuchen, dieses Klima zu unseren Gunsten zu verändern. Dabei ist es wahrscheinlich, daß die Umsetzung ungleichmäßig und veränderlich geschehen wird - in einer Art "Salami-Taktik". Eine Ebene dieser Taktik wird darin bestehen, sich erst auf eine Gruppe von Flüchtlingen zu konzentrieren und dann zur nächsten überzugehen. Die erfolgreiche Umsetzung bei einer Gruppe wird es leicht machen, die nächste anzugreifen. Zum anderen wird die Umsetzung der Gesetzesänderung von Ort zu Ort in Deutschland verschieden sein. Wieder wird die erfolgreiche Umsetzung in einem Bundesland es leichter machen, es an anderen Orten ebenfalls einzuführen. Die "Karawane" ist hervorragend geeignet, um praktischen Widerstand gegen die Umsetzung dieses Gesetzes aufzubauen. Denn die "Karawane" wird nicht nur helfen, Einheit zwischen den verschiedenen Flüchtlingsgruppen aufzubauen, sondern sie wird auch Strukturen schaffen, die es erlauben, gemeinsam, (auf einer bundesweiten Ebene) auf die lokalen Angriffe zu reagieren.

Wir Flüchtlinge sind die Folge deutscher "Interessenswahrnehmung" im Ausland

Wir werden es nicht zulassen, daß Deutschland seine Verantwortung für die Ursachen der Flucht leugnet. Deutschland unterstützt antidemokratische Regimes und Diktaturen, die die Menschenrechte mit Füßen treten, aber sehr gut für deutsche Geschäftsinteressen sind. Billige Arbeitskräfte für deutsche

für Deutschland bedeuten Zerstörung der sozialen Gemeinschaften und der Umwelt.

Wirtschaftliche und strategische Interessen in Ländern wie der Türkei bedeuten, daß die deutsche Regierung in solch einem Umfang mit der Türkei zusammenarbeitet, daß die Kurdenpolitik der Türkei von Deutschland nachgeahmt wird. Mit Waffen und Geld unterstützt die deutsche Regierung den Krieg gegen die KurdInnen in der Türkei. Wenn kurdische Flüchtlinge die Gründe ihrer Flucht - die intensive Verfolgung in der Türkei - in der deutschen Öffentlichkeit darstellen wollen, werden sie verfolgt, wird ihr Versammlungs- und Vereinigungsrecht und ihr Recht auf kulturelle Selbstbestimmung angegriffen. Kurde und Kurdin in Deutschland zu sein, scheint ähnlich wie in der Türkei zu bedeuten, schuldig zu sein.

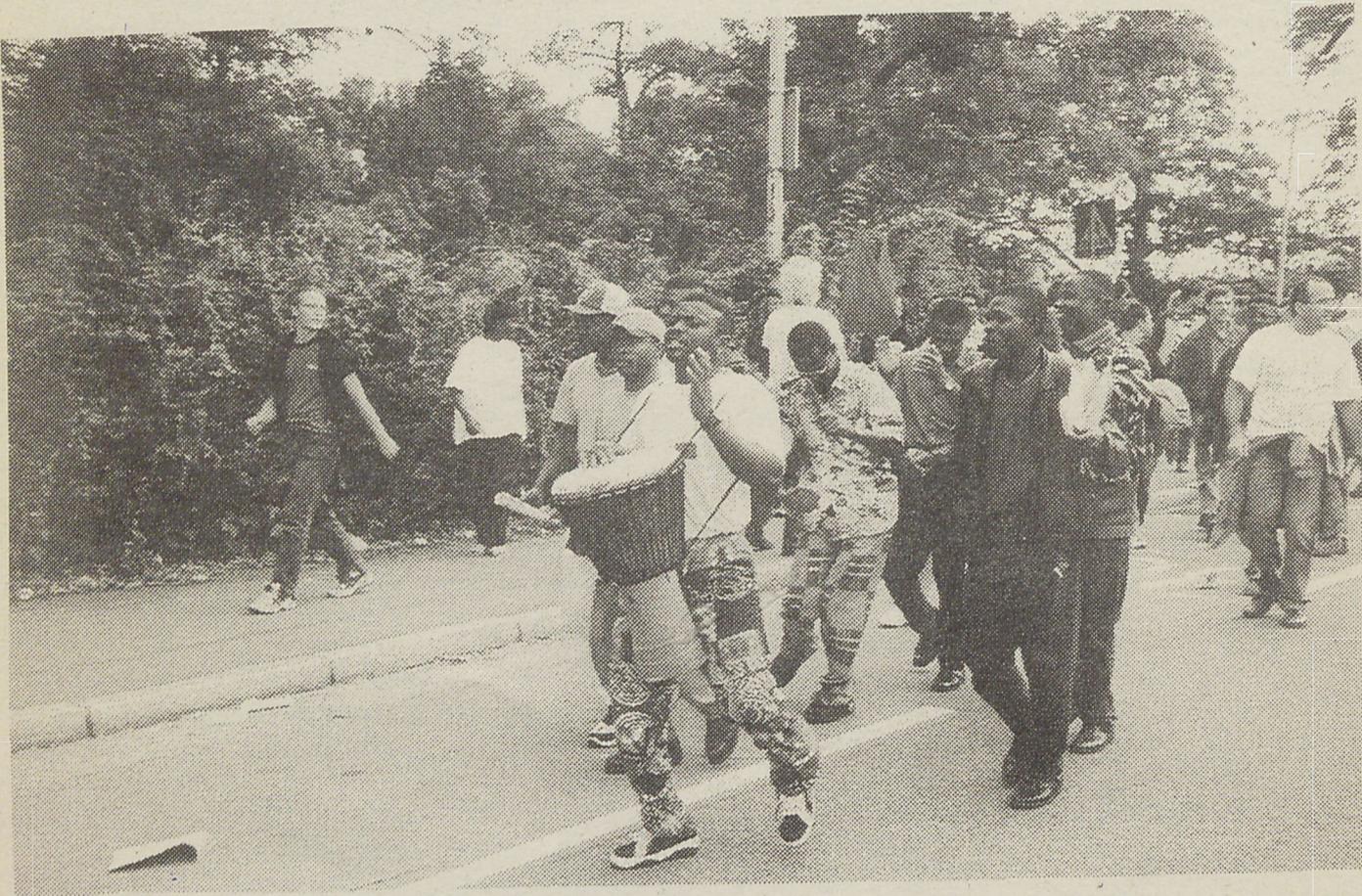
Nigeria wird verwüstet, um billiges Öl für Deutschland zu liefern, aber wenn es einer Handvoll von Flüchtlingen gelingt, dieser mörderischen Diktatur zu entkommen, und nach Deutschland zu gelangen, heißt es - tut uns leid, hier ist kein Platz für Euch! Zur selben Zeit, in der Politiker erklären, es sei nicht genügend Geld für die Flüchtlinge da, pumpt die

deutsche Regierung massenhaft Geld in Länder wie Sri Lanka: Finanzhilfen zur Unterstützung des rassistischen Krieges gegen die tamilische Bevölkerung, die zehntausende neuer Flüchtlinge schaffen! Die Beispiele sind endlos.

Wenn wir als Flüchtlinge hier ankommen, werden wir kriminalisiert und gedemütigt. Wir werden in Schiffe und Lager gesperrt, unsere Sozialhilfe wird immer weiter gekürzt, unser Recht zu arbeiten ausgehöhlt; wir werden von der Gesellschaft isoliert und insgesamt als etwas Geringeres als Menschen behandelt. Wir werden beschuldigt, die Ursache aller sozialen Probleme in Deutschland zu sein. Wir sind Mißhandlungen durch die Polizei und unfairen Asylverfahren ausgesetzt, werden in Abschiebeknäste gesteckt und am Ende abgeschoben.

Alle werden uns hören!

Wir werden uns wehren! Wir werden nicht nur die Probleme, die wir hier in Deutschland haben, zur Sprache bringen, sondern auch die Leiden unserer Brüder und Schwestern, die wir zurücklassen mußten!



“Wir Flüchtlinge sind die Folge deutscher ‘Interessenswahrnehmung’ im Ausland”

NEPPER, SCHLEPPER, BAUERNFÄNGER: VORSICHT, FALSCHER STUDIENBERATER UNTERWEGS!

Nichtsahnend nimmt Atze K. (Name geändert) einen Brief aus dem Briefkasten. "TU Darmstadt Fachbereich Mathematik" ist der Absender. Ein bißchen wundert er sich schon, denn mit dem Fachbereich Mathematik hatte er ja eigentlich nichts am Hut. Für Wirtschaftsinformatik hatte er sich dieses Semester beworben und war abgelehnt worden. Und daraufhin hatte er sich für Informatik eingeschrieben. Also eigentlich, ... Naja, in dem Brief wird ihm erklärt, daß er ja für Wirtschaftsinformatik keine Zulassung bekommen hätte, man ihm aber das Angebot machen würde, sich für einen benachbarten Studiengang einzuschreiben. Das würde ihm zwar Nachteile bringen, falls er immer noch Wirtschaftsinformatik studieren wollte, aber sonst wäre dieser Studiengang ganz toll. Es wäre der neue, auslandsorientierte Studiengang "Mathematics with Computer Science" (MCS). Nun, die Informationen über den Studiengang sind zwar etwas knapp, aber voll Freude über das Angebot, einen tollen auslandsorientierten Studiengang studieren zu dürfen, schreibt sich Atze für MCS ein. Der Studiengang hat nichts mit Wirtschaft am Hut, und der Studiengang der mehr mit Wirtschaft zu tun haben sollte, war nicht "auslandsorientiert". Deshalb hat Atze, natürlich den "auslandsorientierten" Studiengang gewählt. Doch dann kommt das böse Erwachen. Als er sich dann vor Ort informiert, stellt er fest, daß er den falschen Studiengang gewählt hat. Denn die "Auslandsorientierung" von MCS ist nur eine billige Masche. Das erste Studienjahr ist zwar in Englisch, doch danach ist es das gleiche, wie das übliche Mathestudium, nur noch ein Auslandsjahr ist Pflicht und das können seine Kommilitonen in den anderen Studiengängen auch ohne Probleme machen. Das einzige, was MCS vom Rest unterscheidet, ist die Einschränkung des Nebenfaches auf Informatik. Anders gesagt, man hat Atze einen minderwertigen Studiengang aufgeschwatzt. Entsetzt über seinen Fehlgriff begibt sich Atze in die Studienberatung. Dort beruhigt man ihn, er kann noch ohne Zeitverzögerung eine für ihn passendere Studienmöglichkeit wählen.

Atze K. ist kein Einzelfall. Mit dieser dreisten Masche versuchten skrupellose Geschäftemacher im Fachbereich Mathematik den neuen Studiengang MCS zu fördern. Hiervor müssen wir warnen! Es handelt sich dabei nicht um seriöse Studienberatung, sondern nur um einen weiteren in einer langen Reihe von Versuchen, mit unlauteren Methoden einen

Studiengang zu fördern. Hier wird nicht mehr der Versuch unternommen, Interessierte zu beraten und ihnen zu helfen, den für sie richtigen Studiengang zu finden, sondern hier wird mit allen Mitteln versucht, die Zahlen der Eingeschriebenen in einem Studiengang künstlich zu erhöhen, ohne auf die Personen, die sich einschreiben, Rücksicht zu nehmen.

Doch auch innerhalb des Fachbereichs Mathematik sind diese Methoden umstritten. "Mit solchen Drückermethoden verspielt der Fachbereich seine Möglichkeit, Studienberatung zu betreiben, da immer der Eindruck entsteht, daß nicht beraten, sondern nur gekeilt werden soll", so ein altgedientes Mitglied des Fachbereichs. Auch wird uns in diesem Gespräch erstmals klar, was die Absichten der Autoren des Briefes sind: "Dieser Studiengang ist das Lieblingsprojekt eines einflußreichen Professors hier am Fachbereich und nur für ein Jahr genehmigt. Außerdem sind die Kosten für den Studiengang immens, und es ist nicht klar, wie der Fachbereich sie für eventuell folgende Jahrgänge aufbringen soll. Sollten sich also weniger als etwa dreißig Leute – diese Zahl geisterte herum – einschreiben, wäre es nur sehr schwer erklärbar, wieso man den Versuch fortsetzen will. Dies wäre umso schwerer, da es geplant ist, zur Finanzierung zusätzliche Stellen oder zusätzliche Sachmittel (sog. Vorabzüge) von der Hochschule zu fordern, da anders eine Finanzierung auf Dauer nicht zu leisten ist. Daher muß man jetzt sehr hohe Anfängerzahlen vorweisen. Es wird zwar nicht offen gesagt, aber die Personen, die es betreiben, wollen diesen Studiengang auf jeden Fall auf Dauer etablieren, daran besteht kein Zweifel. "Die Anfängerzahlen der anderen Studiengänge gehen den Bach runter, und niemand vom Fachbereich kümmert sich so wie bei MCS darum, obwohl diese Studiengänge es verdient hätten, da sie wirklich gut konzipiert sind. Wir haben dieses Jahr wohl keine Erasmusstudenten aus dem Ausland, da passiert viel zu wenig. Die Fachschaft weiß das zwar, tut aber auch nichts", ergänzen Studenten, die wir zu dem Thema befragten.

Fazit: Wenn es um MCS geht, wird meist nicht beraten, sondern verkauft. Wer oder was ist dabei nebensächlich.

Lothar P. Reuter, S.A.

MÜNDIG

ALT GENUG, UM DEN MUND ZU BENUTZEN ODER ALT GENUG, UM IHN VERBOTEN ZU BEKOMMEN

ASTA DER FH-DARMSTADT – ÖFFENTLICHKEITSREFERAT

Spätestens seit den 60er Jahren ist bekannt: deutsche Hochschulen sind ein Moloch für subversive Elemente. Eine kleine Gruppe von ganz aufgeweckten Studierenden hat sich zum Ziel gesetzt, diesem Treiben entgegenzuwirken. Sie versuchen, anrüchige oder anstößige Aktivitäten an deutschen Hochschulen aufzudecken. Erst einmal entdeckt, werden die Gesellschaftsfeinde unverzüglich vor Gericht gezerrt, um sie unschädlich zu machen.

Der erste Versuch von Rene Schneider, der 1992 gegen die Uni Münster klagen wollte, war noch nicht von Erfolg gekrönt. Das Gericht wies die Klage gegen die Einführung des Semestertickets ab. Die Gründe, nämlich daß es nicht Aufgabe der Studierendenvertretungen sei, einen "Zwangsbeitrag" zu verlangen und daß das Ticket eine "rechts- und verfassungswidrige Kompetenzüberschreitung der Studierendenschaft" sei, erkannte das Gericht nicht an.

Bei einer anderen Klage hatte er schon mehr Erfolg. Diese richtete sich gegen einen Bericht über eine Veranstaltungsreihe der Fachschaft Geschichte an der Uni Münster. Der AStA druckte im Semesterspiegel ein Interview mit einem ehemals im KZ inhaftierten Widerstandskämpfer. Schneider klagte: "Wir dürfen nicht zulassen, daß unser sozialer Rechtsstaat von altkommunistischen Demagogen und 'realsozialistischen' Verfassungsfeinden kaputt gemacht wird." Diesmal gab das Gericht ihm recht.

Stadtbekannter Querulant

Anders bei einer Burschenschaft. Diese hatte Schneider als Referenten für einen Vortrag geladen, bei dem auch AStA-Leute anwesend waren. Schneider polemisierte bei seinem Vortrag so sehr, daß es den Burschenschaftern zu heftig wurde. Nach der Veranstaltung entschuldigte sich die Burschenschaft beim AStA für die Ausfälle des Herrn Schneider, den eine Münsteraner Polizistin als "stadtbekanntem Querulanten" bezeichnete.

Zuweilen kann es für die Studierendenvertretungen recht teuer werden, in den Genuß eines Gerichtsverfahrens zu kommen. Der AStA der Uni Gießen wurde zu einem Ordnungsgeld in Höhe von DM

10.000,- verurteilt, weil er internationale studentische Beziehungen pflegen wollte und eine Delegation zu den Weltjugendfestspielen in Havanna entsandte. Das war zu allgemeinpolitisch und das Fest ist ein "kommunistisches Einheitsfest", so argumentierte der Kläger - und er bekam recht. So einfach geht das.

Doch offenbar geht es den Klägern gar nicht darum, einzelne Aktivitäten anzuprangern, sondern sämtliche studentische Aktivitäten zu unterbinden. Sie fordern Unterstützung, sogar per World-Wide-Web fordern sie Kommilitonen im gesamten Bundesgebiet auf, gegen "linke" ASten zu klagen. Teilweise wird krampfhaft versucht, Stellungnahmen und Aktivitäten als allgemeinpolitisch oder gar "kommunistisch" zu entlarven. Daß bis heute noch nicht versucht wurde, Leistungen wie z.B. der studentischen Studienberatung den Hochschulbezug abzuspochen, verwundert mich schon fast. Im Falle der Beratung für ausländische Studierende wurde es jedenfalls schon versucht. Auch wenn sich z.B. Schwulenreferate engagieren, ist das für einige Menschen ein verwerflicher Zustand. Einen allgemeinpolitischen Bezug kann man offensichtlich überall herstellen. Vielleicht sind aber alle Themen soweit mit Politik verknüpft, daß sie immer einen allgemeinpolitischen Bezug zulassen.

Maulkorb? Nein Danke!

Allerdings denken die Studierendenvertreter etwas anders über ihre Arbeit als die klagenden Kameraden. Größtenteils ist der allgemeinpolitische Bezug absurd oder an den Haaren herbeigezogen und abenteuerlich konstruiert. In der Tat gibt es auch "kritische Fälle", die keinen eindeutigen Hochschulbezug haben. So wurde im Mai 1995 gefordert, dem türkischen Sender TRT-INT die Sendegenehmigung zu entziehen. Grundlage war die Kriegsberichterstattung des Senders zum Konflikt zwischen Kurden und Türken. Im Duisburger Studierendenparlament kam es zu Auseinandersetzungen zwischen kurdischen und türkischen Studies aufgrund von Fernsehberichten im Programm von TRT-INT. Dafür wurden 2000,- DM fällig. Offensichtlich ist es wichtiger, die

Unis von der "echten" Welt fernzuhalten, als ein friedliches Miteinander (oder wenigstens Nebeneinander) zu fördern.

Einzigster Trost im Falle einer Klage: es gibt keinen Präzedenzfall, es ist also immer wieder spannend, wie der Richter entscheidet. Der hat nämlich individuell festzustellen, ob eine Äußerung des AStA so allgemeinpolitisch ist, daß sie bestraft gehört.

Auf dem "Kongreß für das politische Mandat" haben sich Studie-Vertreter aus der gesamten Republik zusammengefunden, um sich über die Klagewelle zu informieren. Ein Wochenende lang stellten betroffene ASten ihre Erfahrungen vor. Am Ende stand eine rege Diskussion und die Anwesenden waren sich einig: einen Maulkorb lassen sich die Studierenden nicht verpassen! Darum wurden auch sofort Nägel mit Köpfen gemacht und eine Kampagne beschlossen, um die Öffentlichkeit auf dieses Thema aufmerksam zu machen. In einer bundesweit erscheinenden Tageszeitung sollen an sechs verschiedenen Tagen Anzeigen geschaltet werden. Auserkoren wurde der politische Teil der Frankfurter Rundschau, wo allgemeinpolitische Fakten zum Besten gegeben werden. Ohne Wertung, versteht sich.

Die Themen der einzelnen Annoncen ziehen sich quer durch die Landschaft tagespolitischen Geschehens. Sollte es wirklich verboten sein, nach der lange beteuerten Strahlungssicherheit der Castoren zu fragen? Darf man nicht um Menschen trauern, die gestorben sind? Oder ist es nur dann verboten, wenn es sich um Flüchtlinge handelt, die abgeschoben wurden? Das

Studierendenparlament (StuPa) und der AStA der FH möchten sich jedenfalls nicht den Mund verbieten lassen und werden sich an der Anzeigenkampagne beteiligen.

Wir verstehen die Hochschule als Teil der Gesellschaft und damit als Teil der Politik. Umgekehrt denken wir auch, daß Gesellschaft und Politik auch von uns mitgestaltet werden sollten. Das StuPa und der AStA wollen auch in Zukunft kritisch sein. Und eins steht fest: StuPa und AStA der FH können sich kultiviert auseinandersetzen, auch wenn es Streitigkeiten gibt. Wer sich mit anderen verständigen kann hat es nicht nötig, ständig vor Gericht zu ziehen, um seine persönliche Meinung mit aller Kraft durchzusetzen.

Für weitere Infos (z.B. heitere Geschichten von Gerichtsprozessen) und für Klageschriften steht zur Verfügung:

AStA der FH-Darmstadt
Schöfferstraße 3
64295 Darmstadt
Tel.: 06151 - 16 88 05

Sprechzeiten Öffentlichkeitsreferat: Donnerstags
 12:30-14:00 Uhr
 AStA der FH-Darmstadt - Öffentlichkeitsreferat

KOMMUNALES KINO DARMSTADT

Seit kurzer Zeit hat auch Darmstadt ein **Programmkin**, das bei der Auswahl der Filme nicht auf die kommerziellen Aspekte als Kriterium zurückgreift. Das kommunale Kino Weiterstadt hat vorwiegend unterhaltende Filme im Programm; erfolgreiche Kinoproduktionen ebenso wie ausländische Filme von hierzulande unbekanntem Machern.

Als Erweiterung hierzu kann das Angebot des neu eröffneten Kommunalen Kino Darmstadt gesehen werden. Im Programm stehen vorwiegend dokumentarische und halbdokumentarische Werke, auch sozialkritische Filme werden gezeigt.

Die Gründer des kommunalen Kinos, Christine Löbber und Klaus Dumuscheit, Lehrbeauftragter am Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Darmstadt, organisieren das Angebot in nicht hauptamtlicher Tätigkeit.

Menschen, die intellektuell ansprechende Freizeitangebote nutzen möchten, bietet das Programm des kommunalen Kino Darmstadt bestimmt einige interessante Vorstellungen.

Montag 26.10.1998 20:00 "Exil Shanghai" im Festival-Kino (Wilhelminenstraße)

GELD IST GENUG DA!

VON THILO KLINGER

Der Staat muss sparen. Warum auch nicht, er hat schliesslich Rekordschulden. Ich weiss übrigens immer noch nicht, bei wem? Wer bekommt denn die ganzen Zinsen, die die Bundesrepublik jährlich zahlen muss? Aber das ist eine andere Frage.

Als Vergleich: Die Industrie muss sparen und ArbeitnehmerInnen entlassen. Und dann trotz Weltwirtschaftskrise und Börsenchaos Rekordgewinne einfahren. Das kann man schon seltsam finden.

Aber der Staat ist wirklich pleite. Deshalb haben wir jetzt ja auch die Regierung abgewählt. Aber das ist auch ein anderes Thema. Auch die Frage, was das eigentlich heisst, es sei kein Geld da (die Bundesbank kann doch welches drucken und mein VWL-Prof meint immer, ein Staat brauche Schulden und Deflation sei viel gefährlicher als Inflation) will ich mal vertagen.

Auf jeden Fall glauben wir inzwischen alle, dass bei der Bildung gespart werden muss. Klar, der Staat ist pleite (s.o.) und dann muss man bei Schulen und Hochschulen sparen. Subventionen, Transrapid und Eurofighter sind wichtiger, schliesslich schaffen die Arbeitsplätze. Wohingegen Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Aufschwung und Standort und so weiter offensichtlich nicht mit Bildung zusammenhängen können.

Darüber könnte ich mich jetzt auch noch beliebig lange aufregen, aber da es eigentlich zur Einleitung gehören soll, lasse ich das jetzt erstmal. Kurzgefasst: Ich glaube nicht, dass Deutschland zuwenig Geld beherbergt, und wenn es für etwas ausgegeben werden soll, dann für Sozialleistungen und Bildung.

Ende der Einleitung

Aber noch bekommen die Hochschulen ja Geld vom Staat. Jedes Jahr etwas weniger (obwohl es nicht weniger Studis gibt), aber es ist noch etwas da. Und das wird in der Hochschule direkt ausgegeben oder erst verteilt und dann ausgegeben. Dafür ist unsere Verwaltung und der Ständige Ausschuss (StA) III zuständig. Und in den Fachbereichen der Fachbereichsräte.

Meine These ist nun: Es könnte besser ausgegeben werden. Besser soll soviel heissen wie zweckgerichteter (orientiert an den eigenen oder vorgegebenen Zielen), sinnvoller (orientiert an den Aufgaben der Hochschule) oder einfach bedachter (und damit auch sparsamer und dadurch wieder sinnvoller usw).

Um diese These zu beurteilen, müsste man erstmal wissen, wofür denn wieviel von wem an wen ausgegeben wird. Da ist wohl höchstens eine grobe Übersicht und vielleicht eine Vertiefung in einige wenige Bereiche zu realisieren. Aber das gestaltet sich nicht ganz so einfach (kann man sich fast vorstellen, bei einem 300 Millionen Jahreshaushalt der Hochschule - ohne Drittmittel, Gebäude, etc). Unser Kanzler, Hanns Seidler, plant jedoch im Zuge der Einführung einer kaufmännischen Buchführung und einer Kosten-Leistungs-Rechnung eine "gläserne Hochschule" zu verwirklichen, in der diese Fragen transparent zu beantworten wären. Ein ehrgeiziges Ziel, das ich sehr unterstützen möchte, auch in der Hoffnung, dass dieser Prozess nicht an Interessen einzelner, sondern an den Interessen aller Mitglieder der Hochschule orientiert wird.

E-Technik führt

Passend zu diesem Transparenzbestreben plant das HoPo-Referat des AStA, die Ergebnisse der Berufungs- und Bleibeverhandlungen unserer Profs im Internet zu veröffentlichen. Es handelt sich hierbei sowieso um öffentliche Daten, die den Protokollen des StA III beiliegen. Obwohl sie personenbezogen scheinen, dienen doch die Zusagen von zusätzlichen Mitarbeitern, Sachmitteln, Räumen und anderem den ProfessorInnen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Lehre und Forschung. Wir vom HoPo-Referat haben noch nicht entschieden, ob wir die Liste chronologisch ordnen oder lieber als Ranking (das ist ja sehr "in" zur Zeit) aufziehen. Demnach würden sich nach den mir im Moment vorliegenden Unterlagen im letzten halben Jahr die Herren Fessner (Chemie), Sauerbréy (Physik, beide Berufung), Hahn (Materialwissenschaften) und Weiland (Elektrotechnik, beide Bleibeverhandlung) die Führung teilen mit je 450.000 DM Sachmitteln, wobei Herr Weiland den grössten Bestand an Mitarbeitern verbuchen kann (wiederum ohne Drittmittelbedienstete).

Wir hoffen, im Laufe des nächsten Semesters die Daten über die AStA-WWW-Seiten bereitstellen zu können (erreichbar z.B. über die Einstiegsseite der TUD). Desweiteren sind wir noch auf der Suche nach Anregungen für weitere Bereiche, in denen man Transparenzprozesse anstossen könnte (speziell im finanziellen Bereich, aber auch in anderen). So hört man aus dem Maschinenbau beispielsweise,

wie zeitgleich zu einer Diskussion im Fachbereich über die Einführung einer "virtuellen Werkstatt", um das Unausgelastet-Rumstehen zuvieler identischer Maschinen in verschiedenen Werkstätten einzuschränken, ein Ausschuss die Anschaffung einer weiteren, neuen Maschine dieser Art für eine Professorin beschliesst.

Aufruf an alle, die bis hierher gelesen haben

Ebenso bitten wir an dieser Stelle um Mithilfe bei ei-

ner möglichen neuen Artikelserie über die möglichen positiven Auswirkungen des neuen Hessischen Hochschulgesetzes. So ist z.B. dort bekräftigt, dass ProfessorInnen anwesend zu sein haben (auch in den Semesterferien, und auch z.B. Architekten!) und mehr noch, auch erreichbar für Studierende. Da würde ich mich über Berichte aus dem BWL-Institut am meisten freuen, um zu Gerüchten wie, man würde noch nicht mal vor einer Prüfung einen Termin bei dem Prof bekommen, Stellung zu beziehen.

Aber das ist eine andere Geschichte, und die soll ein anderes Mal erzählt werden.



BUS-VERLEIH

Preise: (incl. Vollkaskoversicherung mit 500 DM Selbstbeteiligung)
ab 1.8.98

	<u>KOMBI:</u>	<u>KASTEN:</u>	
VERTRAGSGEBÜHR:	15,-- DM	15,-- DM	ZEITEINHEITEN SIND:
JE ZEITEINHEIT:	20,-- DM	20,-- DM	8.00 - 13.00 Uhr
JE KILOMETER:	-,42 DM	-,42 DM	13.30 - 18.30 Uhr
			19.00 - 7.30 Uhr

OSTDEUTSCHLAND - ZUTRITT NUR FÜR RECHTE?!

VON ANDREAS KLÄRNER

In den Jahren nach der Wiedervereinigung hat es in Deutschland einen drastischen Anstieg rechtsextremistischer / fremdenfeindlicher Gewalttaten gegeben. Im Jahre 1997 wurde laut *Verfassungsschutzbericht* der bisher höchste Stand dieser Straftaten in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht.¹ An der Spitze dieser Entwicklung liegen die fünf neuen Länder, das Problem ist jedoch **kein ausschließlich ostdeutsches**, nur agieren dort die rechtsextremen Gewalttäter "durchaus in dem Bewußtsein, handgreiflich in die Tat umzusetzen, was die Mehrheit der Bevölkerung spricht, denkt und fühlt" (Wagner 1998: 7). Deshalb herrscht in Teilen von Ostdeutschland auch offene, bei Tageslicht begangene Gewalt vor, der Schutz der Dunkelheit ist hierfür nicht mehr unbedingt nötig.²

Von der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP, Teilen der Rot-grünen Opposition und Lokalpolitikern gleich welcher Couleur wird dieser Tatbestand teilweise schlicht geleugnet, verharmlost oder sogar durch das Übernehmen rechtsextremistischer Programmatik³ (in nur leicht verhüllter Form) in das eigene Parteiprogramm forciert. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit hat dieses Phänomen mittlerweile als Normalität akzeptiert. Gab es 1992 mit den "Lichterketten", die zu den größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gehören, eine breite Bewegung, die als Opposition gegen die brutalen und abscheulichen Pogrome (mit den Fanalen von Hoyerswerda vom 17.-22.09.1991 und Rostock-Lichtenhagen vom 22./23.08. - 29.08.1992) gegen Asylbewerber auftrat (vgl. Rohde 1993), so ist heute die Beteiligung der

Bevölkerung an ähnlichen Demonstrationen gegen Fremdenhaß und Rechtsextremismus eher gering.⁴ Eine neue Qualität des Rechtsextremismus läßt sich in den neuen Ländern verzeichnen. Dort sind in einigen Städten und Gemeinden sog. "(national) befreite Zonen" zur Realität geworden. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind zwar kein Jugendproblem, wie einige (einflußreiche) Kommentatoren und Politiker glauben machen wollen, jedoch läßt sich vor allem an dem gegenwärtigen Konzept und der Realität der Jugendarbeit in Ostdeutschland die völlige Untauglichkeit der bisher gewählten Gegenstrategien aufzeichnen.

Das Konzept der "national befreiten Zonen"

"National befreite Zone" oder kurz "befreite Zone" ist ein Strategiebegriff der organisierten Rechtsextremen und Neonazis in Deutschland. Verbreitung findet das einschlägige Papier "Schafft befreite Zonen!" auch über das Internet (z.B. www.stormfront.org/german/zonen.htm). Bewußt rezipiert und angewandt wird dieses Konzept von den Kadern legaler und illegaler Neonazi-Organisationen, das Fußvolk und die Mitläufer realisieren es in der Tat. In diesem Papier wird "automatisch vorausgesetzt, daß diese Zonen in erster Linie in Mitteldeutschland [d. i. die ex-DDR, A.K.] zu schaffen sind." "Befreite Zonen" bedeutet demnach "die Etablierung einer **Gegenmacht**."

¹"Wie aus dem Verfassungsschutzbericht hervorgeht, wurden 1997 insgesamt 11.719 (1996: 8.730) Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert. ... Damit wurde der Höchststand von 1993 mit 10.561 festgestellten Delikten deutlich übertroffen." (TAZ, 7.5.1998, S. 7)

²Die neonazistischen Aktivitäten in den neuen Ländern sind am besten belegt von Schröder (1997) für Trebbin, Schwedt, Wurzen, Fürstenwalde und Quedlinburg. Wagner (1998) macht zusätzlich folgende Orte / Regionen als Hochburgen der Rechtsextremisten aus: Görlitz, Zwickau, Hoyerswerda, der Raum um Jena, die Nordharzregion, Magdeburg, die Gegend um Rostock und Greifswald.

³als Beispiel nur die letzte Auslassung des Berliner Innensenators Schönbohm (CDU), der "in einem Zeitungsinterview von Ausländern eine stärkere Anpassung an deutsche Gewohnheiten verlangt. 'Diejenigen, die sich nicht integrieren wollen, müssen sich die Frage beantworten, ob sie zurückgehen wollen', sagte Schönbohm. Außerdem strebt der Senator 'einen schrittweisen Abbau' von 'Ghettos' an. Es gebe in Berlin Quartiere, von denen man sagen könne: 'Dort befindet man sich nicht mehr in Deutschland.'" (BerZ, 02.06.1998) Was Schönbohm mit diesen Äußerungen bezweckt, ist klar: die potentiellen Wähler rechtsextremer Parteien durch Umarmung für die CDU zurückzugewinnen. Völlig zu Recht wirft der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama, dem Innensenator "deutschtümelnde Ansichten" und das Verharren in "Gesellschaft mit den Vertretern der Blut- und Boden-Ideologie" vor. (vgl. FR, 12.06.1998). Zu den Positionen von Schönbohm vgl. auch FAZ, 15.6.1998, S. 5.

⁴"Am fünften Jahrestag des Brandanschlags von Solingen haben am Freitag 200 [!] Menschen der Opfer vom 29. Mai 1993 gedacht. Unter ihnen waren Angehörige der fünf getöteten Kinder und Frauen sowie Vertreter der türkischen Regierung." (TAZ, Pfingsten 1998, S. 5) Bei anderen Demonstrationen gegen Fremdenhaß / Rechtsextremismus finden sich bestenfalls einige tausend Menschen (oftmals aus dem gesamten Bundesgebiet) ein. Teilnehmerzahlen von mehreren hunderttausend Menschen wie 1992 sind heute realistischerweise nicht mehr zu erwarten.

Wir müssen Freiräume schaffen, in denen **wir** faktisch die Macht ausüben, in denen **wir** sanktionsfähig sind, d.h. **wir** bestrafen Abweichler und Feinde, **wir** unterstützen Kampfgefährten und -gefährten, **wir** helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern.“ Die Machtmittel und Repressionsmöglichkeiten des Staates sind für die „Volkskämpfer“ „irrelevant geworden, entscheidend wird die Solidarität des Volkes, das Ansehen bei den Mitkämpfern sein.“ Der „**intensive** Kontakt mit der ansässigen Wohnbevölkerung“ ist neben der „**Vernetzung**“ der „Nationalrevolutionäre“ der wichtigste „Weg zur befreiten Zone“. Nicht **gegen** das Volk wie die „Genossen vom anderen Ufer“ [gemeint sind Linksextremisten / Autonome, A.K.] sondern **mit** dem Volk sollen die „Revolutionäre“ sich „solidarisieren, mit ihm kämpfen und siegen.“ „Man muß so handeln, daß man in einem Meer der Sympathie schwimmt, daß die 'normalen' Bewohner für uns 'die Hand ins Feuer legen'“. Militanz gegen politische Gegner ist, wie oben erwähnt, ausdrücklich vorgesehen: „Aus militanter Sicht befinden wir uns dann in einer **befreiten** Zone, wenn wir nicht nur ungestört demonstrieren und Info-Stände abhalten können, sondern die Konterrevolutionäre dies genau nicht tun können. ... Es genügen zehn oder zwölf entschlossene Revolutionäre und WIR bestimmen, was aus militanter Sicht in einer Stadt ist und was nicht.“ (alle H.i.O., A.K.)

Im Kampftornister der Neonazis scheinen sich, wie dem Jargon des Papiers zu entnehmen ist, neben anderem auch das „Handbuch des Stadtguerillero“ von Carlos Marighela und die Gesammelten Werke von Mao Tse-tung zu befinden. Wüßte man es nicht besser, könnte dieses Strategiepapier auch einer x-beliebigen linksextremistischen (maoistischen) Guerillabewegung zuzurechnen sein. Die Verfasser des Papiers glauben sogar auf einem „Leuchtenden Weg“ zu schreiten.

“National Befreite Zonen” in Ostdeutschland

Obwohl bereits 1991 in einer „Presseerklärung Leipziger Skins, Hools und autonomer Nationalisten“

die Existenz „befreiter Zonen“ in Leipzig proklamiert wurde⁵, ist der Begriff in der Presse, Literatur und der öffentlichen Diskussion erst in den Jahren 1997/98 aufgetaucht. 1997 war im *Bulletin des Zentrums Demokratische Kultur* (Bulletin ZDK 1997) die Rede von „kulturellen Hegemoniebestrebungen der Rechten“, einer „diffuse[n], soziokulturelle[n] Bewegung, die das Alltagsleben vieler Menschen bestimmt“. (Bulletin ZDK 1997: 3) Am Beispiel von Wurzen (Sachsen) und dem Muldentalkreis wurde hier gezeigt, wie es den Rechtsextremen gelingt, „durch die Mischung von Gewaltdrohung und Attraktion ..., in immer mehr öffentlichen Räumen eine kulturelle Hegemonie Rechte zu erwirken.“⁶ Mit „Im Griff der rechten Szene“ legte Burkhard Schröder im Oktober 1997 eine Studie über fünf ostdeutsche Städte (Trebbin, Schwedt, Wurzen, Fürstenwalde, Quedlinburg) vor, in der minutiös berichtet wird, wie rechte Jugendliche angeleitet von Neonazi-Kadern einen Kampf um die „Vorherrschaft auf der Straße“ und in den wenigen noch vorhandenen Jugendclubs führen. Ende 1997 konnte auch die Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP)⁷ in ihrem dritten „Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“ nicht mehr umhin, die Existenz sogenannter „national befreiter Zonen“ vor allem in Ostdeutschland einzuräumen. Lapidar kommentierte sie: „Das kann man nicht so lassen“ (TAZ, 11.12.1997). (Nur noch einmal zur Erinnerung: hier geht es u.a. um Brandanschläge mit Molotowcocktails, mit Baseballschlägern eingeschlagene Schädel, kurz: um Terrorismus von Neonazis.)

In der internationalen Presse wird diese Entwicklung mit Besorgnis beobachtet (z.B. *The Indian Express*, *The Guardian*, *Hürriyet*, *International Herald Tribune*, *New York Times*, *Washington Post*⁸). Vor allem die Mitglieder des Diplomatischen Korps machen sich Sorgen um ihre eigene Sicherheit. Mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin, müssen diese in für sie „unsicheres Gebiet“ ziehen. Brandenburg, das Umland von Berlin, gehört zu den gefährlichsten unter den ostdeutschen Bundesländern. Selbst Berliner Schulklassen überlegen sich (sofern als „Ausländer“ identifizierbare oder behinderte Kinder unter ihnen sind), ob sie ihre Klassenfahrten

⁵Darin war die Rede von der „Sauberhaltung“ der Leipziger Straßen von „fremdrassigen kriminellen Hütchenspielern“, „vietnamesischen Zigarettenschmugglern“, „Kanacken“ und „multikulturellen Judenläden“. TAZ-OST Nr. 3446, 03.07.1991, S. 21.

⁶Der „Kampf um kulturelle Hegemonie“ als Programm der Neonazis resultiert nicht zuletzt aus der Rezeption Antonio Gramscis durch rechtsextreme Intellektuelle. (vgl. Wagner (Hg.) 1994: 24f.)

⁷Bundeskanzler Helmut Kohl spricht weiterhin, jeglicher Realität zum Trotz, davon Deutschland sei ein ausländerfreundliches Land.

⁸In der englisch-sprachigen Presse wird allerdings der Begriff „(national) befreite Zone“ fast durchgängig unzutreffend mit „foreigner-free“ zones übersetzt. 1. betont diese Übersetzung den Zustand, der deutsche Begriff den „(Befreiungs-)Kampf“ und 2. wäre die Rückübersetzung „Ausländerfreie“ Zonen schlicht falsch, denn in einer „national befreiten Zone“ sind alle, die nicht-deutsch („nicht-arisch“) aussehen, Behinderte, Obdachlose, Linke („Zecken“), Homosexuelle, alternative Jugendliche, kurz: alle, die nicht rechts sind, potentielle Opfer von Gewalttaten.

noch nach Brandenburg unternehmen sollen.⁹ Erneute Aufmerksamkeit für dieses Thema erregte eine Studie von Bernd Wagner (1998), in der er eine, sich in Ostdeutschland entwickelnde, "**Lifestyleströmung** unter dem Motto: 'Wir sind deutsch und rechts' ausmacht (49; H.i.O., A.K.). Liest man diese Studie, kann man Gerhard Frey (Führer der rechts-extremistischen "Deutschen Volksunion" (DVU)) schwerlich unrecht geben, wenn er sagt, daß rechts zu wählen für junge Leute zu einem Teil der Jugendkultur geworden ist, genauso wie Skateboardfahren und Technomusik. (vgl. Nagorski 1998).

Wie dieser rechtsextremistischen **Bewegung** zu begegnen sei, weiß bisher niemand. Die bislang gewählten Maßnahmen, Strategien und Konzepte zeugen entweder von theoretischer Unzulänglichkeit oder von kopflosem Aktionismus. Seit dem Februar 1998 ist mit den fünf MEGA ("Mobile Einsatztrupps gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit") in Brandenburg eine polizeiliche Spezialeinheit im Einsatz, um die schlimmsten Gewaltexzesse zu verhindern. Dies zeugt zum einen davon, daß die Situation wirklich ernst ist, zum anderen ist diese Einheit neuesten Meldungen zufolge nur bedingt einsatzbereit.¹⁰ Hinzu kommt, daß es "in einigen Städten .. deshalb nicht mehr zu öffentlich sichtbaren Gewalttaten [kommt], weil den Neonazis die Gegner ausgegangen sind" (Schröder 1997: 8). Rechtsextremistischen Einstellungen ist mit polizeilichen Mitteln nicht beizukommen.

Das Fehlen eines theoretischen Konzepts im Umgang mit Rechtsextremisten und die praktische Hilflosigkeit der von Politikern und Sozialarbeitern lassen sich am deutlichsten am Beispiel der Jugendarbeit in Ostdeutschland aufzeigen.

"Akzeptierende Jugendarbeit" in Theorie ...

"Akzeptierende Jugendarbeit", die die Jugendlichen als Menschen annimmt und sich offensiv mit den Vorurteilen von rechten Jugendlichen auseinandersetzt, war dazu gedacht einige von ihnen abzuhalten, noch tiefer in den neonazistischen Sumpf abzurutschen. Das Konzept – das muß man heute sagen – ist gescheitert. "Akzeptierende Jugendarbeit" mit rechtsextremen Jugendlichen wird von Krafeld u. a. (1993) wie folgt umrissen: "Jugendarbeit mit sogenannten rechtsextremistischen Jugendlichen hat nur dann eine Erfolgchance ... ,wenn es zentral um die

Probleme geht, die diese Jugendlichen haben, nicht um die Probleme, die sie machen. ... Nur, wenn wir die Jugendlichen darin unterstützen, mit ihrem Alltag, mit ihrem Leben, mit ihrer Lebensbewältigung besser zurechtzukommen, dann gibt es Chancen für Änderungen ..." (92f.) Drei zentrale Grundlagen – "aus der Praxis gewonnen" – werden von ihnen skizziert. 1. muß den Jugendlichen ein Raum angeboten werden, "an dem sie sich ungehindert treffen und aufhalten können, den sie nicht permanent verteidigen müssen" (96). 2. sollte die jugendliche Clique akzeptiert werden. "Cliquen [sind] heute häufig eine, ja, **die** zentrale Sozialisationsinstanz für Jugendliche geworden. Entsprechen vehement wehren sich Jugendliche auch gegen pädagogische Versuche, ihre Cliquen bekämpfen, umkrepeln, auflösen oder einzelne dort herausbrechen zu wollen." (97). 3. muß die Beziehungsarbeit von gegenseitiger Akzeptanz geprägt sein. Nicht nur der Pädagoge darf erwarten, akzeptiert zu werden. Auch die Jugendlichen müssen **als Personen** akzeptiert werden. "Was wir mit ihnen machen und was ihnen an unserer Arbeit wichtig ist, das sind neben der Raumabsicherung vor allem soziale Prozesse: **Einfach-da-sein**, zuhören, sich einlassen, sich einbringen, sich austauschen und informell beraten, Zeit füreinander haben – allgemein: vertrauensvolle und akzeptierende soziale Beziehungen entwickeln ..." (99)

Thomas Mücke (1995) wendet sich vor allem gegen eine verfrühte Stigmatisierung der Jugendlichen: "Nicht jeder Jugendliche, der ein Hakenkreuz malt, ist ein 'Nazi'. Zumeist stellt sich derartiges Verhalten eher als pronazistisches Protestverhalten [?] heraus und ist nicht zu verwechseln mit zielgerichtetem politischem Verhalten". (59)

Angesichts dessen stellt sich die Frage, ob ein "pronazistischer" Protestierer besser ist als ein protestierender "Pronazi". Wie dem auch sei: "akzeptierende Jugendarbeit" ist die vorherrschende Doktrin der Jugendarbeit in Ostdeutschland.

... und Praxis

"Akzeptierende Jugendarbeit" heißt in Ostdeutschland immer auch "unpolitische" Jugendarbeit. Aus den Fehlern der DDR-Vergangenheit will man gelernt haben und die Jugendlichen fortan nicht mehr politisch indoktrinieren (vgl. zum folgenden v.a. Schröder 1997, Wagner 1998). In der Praxis bedeutet "unpolitische" Jugendarbeit aber: Jugendarbeit **für**

⁹"An den Berliner Schulen wird eine heftige Diskussion darüber geführt, ob man noch nach Brandenburg fahren kann, dem Bundesland, das nach dem jüngsten Verfassungsschutzbericht den Spitzenplatz bei rechtsradikalen Straftaten bundesweit einnimmt. ...Beim Berliner Landesschulamt wurden im letzten halben Jahr 10 bis 15 Fälle [von Angriffen auf ausländisch aussehende, bzw. körperbehinderte Kinder] angezeigt." TAZ, 05.06.1998, S. 7.

¹⁰"Der Transporthubschrauber, mit dem die Mega-Beamten schnell an Krisenorte gebracht werden sollen, dürfe wegen fehlender Inspektion bereits seit mehreren Monaten nicht fliegen, erklärte der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft, Frank Domanski, am Montag in Potsdam. Das Finanzministerium habe nämlich die Gelder für Wartung und Inspektion der Polizeihubschrauber gestrichen." BerZ, 15.06.1998.

Neonazis. Als ein Erfolg wird beispielsweise verbucht, wenn es einem Jugendarbeiter gelingt, im Jugendclub auch einmal eine andere Kassette aufzulegen als die üblicherweise laufende Nazi-Rockmusik (von Gruppen wie etwa *Nahkampf*, *Kroizfoier*, *Oithanasie* etc., vgl. Bulletin ZDK 1997: 10; zum Thema Skinhead-Bands in der BRD vgl. Mengert 1994). Faktisch existiert für die Jugendarbeit mit rechtsextremistischen Jugendlichen kein Konzept dafür, was überhaupt erreicht werden soll. "Akzeptierende Jugendarbeit" vergißt, was sie berücksichtigen müßte: "In unmittelbarer Konkurrenz zu ihr versuchen geschulte und weltanschaulich gefestigte Neonazis, auf die Klientel einzuwirken" (Schröder 1997: 109).

Bernd Wagner drückt die Lage in Ostdeutschland in drastischen Worten aus: "In den Städten der neuen Bundesländer werden täglich kulturelle Einrichtungen umkämpft. **Es ist ein Krieg ausgebrochen** ... Krieg zwischen den zumeist offensiven, angreifenden rechtsextremorientierten Gruppen und den 'linken Zecken'"¹¹ (Wagner 1998: 30, Hervorhebung von mir, A.K.).

Einige Entscheidungen und Reaktionen von Lokalpolitikern geben Anlaß zu der Vermutung, es gäbe dort nicht nur heimliche Sympathien mit den Rechtsextremen.¹² So wird die Gewalt der Neonazis nicht nur bagatellisiert und die Schuld an der Gewalt den 'Linken' zugeschoben, da diese angeblich durch ihr Aussehen die Neonazis provozierten, darüber hinaus wird die Gewalt der Neonazis oftmals auch offen honoriert. Eine (nicht untypische) Reaktion auf Gewalttaten von Skinheads / Rechtsextremen ist die Einrichtung eines Jugendzentrums für diese bzw. die Schließung alternativer Jugendeinrichtungen, die von ihnen angegriffen wurden (z.B. in Magdeburg, Wurz, vgl. zu diesem Absatz Schröder 1997; Wagner 1998; Bulletin ZDK 1997; Hauptmeier 1998; Laubscher 1998).

Fazit

Der Umgang mit rechtsextremistischen Jugendlichen in Ostdeutschland ist geprägt vom Fehlen einer tragenden Theorie der fremdenfeindlichen Gewalt im wiedervereinigten Deutschland, von praktischer Hilflosigkeit im Umgang mit den rechten Jugendlichen und teilweiser, mehr oder weniger verdeckter, Sympathie mit den Rechtsextremisten.

Aufgabe der Sozialwissenschaften in diesem Zusammenhang ist es, eine Theorie der Fremdenfeindlichkeit im wiedervereinigten Deutschland zu erarbeiten, die die Phänomene in ihren Besonderheiten,

sowie in ihrem "geschichtlichen So-und-nicht-anders-Gewordensein" (M. Weber) betrachtet. Davon ausgehend könnten sinnvolle Praxisvorschläge gewonnen werden.

Literatur

Bulletin ZDK (1997): *Kulturelle Hegemoniebestrebungen Rechtsextremer in der Jugendszene*. Dokumentation. Bulletin des Zentrums Demokratische Kultur, Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Nr. 1/1997, Berlin.

Hauptmeier, Ariel (1998): *Skinheads planten generalstabsmäßig*. In: TAZ, 07.01.1998.

Krafeld u.a. (1993): *Akzeptierende Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen?* Konzeptionelle Grundlinien praktischer Erfahrung. In: Heil, Hubertus / Muzaffer Perik / Peter-Ullrich Wendt (Hrsg.) (1993): *Jugend und Gewalt*. Über den Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen. Marburg (Schüren), S. 91-100.

Laubscher, Christoph (1998): *Nazi-Drohung in Magdeburg: "Euch rotten wir alle aus!"*. Rassistische/faschistische Übergriffe sind an der Tagesordnung. In: jW, 08.01.1998.

Mengert, Christoph (1994): *"Unsere Texte sind deutsch..."* - Skinhead-Bands in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur Inneren Sicherheit 1, Brühl / Rheinland (FH des Bundes für öffentliche Verwaltung), 1996.

Mücke, Thomas (1995): *Nicht ausgrenzen! Handlungsansätze einer akzeptierenden Jugendarbeit*. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): *Gewalt unter Jugendlichen, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Analysen und Konsequenzen für die pädagogische Arbeit. Erfurt 1995.

Nagorski, Andrew (1998): *Somebody to Hate*. In: *Newsweek*. June 8, 1998, p. 26.

Rohde, Sven (1993): *"Lichterketten wozu?"*. In: Schmidt-Holtz, Rolf (Hg.) (1993): *Un-Heil über Deutschland*. Fremdenhaß und Neofaschismus nach der Wiedervereinigung. Hamburg (STERN-Buch im Verlag Gruner+Jahr).

Schröder, Burkhard (1997): *Im Griff der rechten Szene*. Ostdeutsche Städte in Angst. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt), Oktober 1997.

Wagner, Bernd (Hg.) (1994): *Handbuch Rechtsextremismus*. Netzwerke, Parteien, Organisationen,

¹¹ "Zecken" ist die Bezeichnung der rechtsextremen Szene für Personen, die als "links", d.h. als politische Feinde eingestuft werden. Diese "Volksschädlinge", haben in den Augen der Neonazis kein Lebensrecht und dürfen "bekämpft" und "vernichtet" werden. (s., als nur ein Beispiel, die Ermordung der beiden Punks Thorsten Lamprecht (1992) und Frank Böttcher (1997), sowie den brutalen Überfall auf Gordon Gafert (1998) in Magdeburg. S. dazu Spiegel 3/1998, 12.1.1998, S. 35-37.)

¹² Nur ein Beispiel von vielen: In Saalfeld befürwortet der Bürgermeister die Einrichtung eines "nationalen Jugendclubs" für rechte Jugendliche. (Wagner 1998: 7)

Ideologiezentren, Medien. Reinbek bei Hamburg (Rowohlt), September 1994.

- ders. (1998): *Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern*. Studie. hrsg. vom Zentrum Demokratische Kultur, Berlin 1998.

Anmerkung zu den Zeitungsartikeln:

Die Zeitungsartikel ohne Seitenangabe verdanke ich der Mailingliste des Informationszentrum für Rassismusforschung / D.I.R. e.V., die Zita-

te können über die Homepage des D.I.R. unter <http://www.uni-marburg.de/dir> überprüft werden.

BerZ: Berliner Zeitung

FAZ: Frankfurter Allgemeine Zeitung

FR: Frankfurter Rundschau

jW: junge Welt (Berlin)

TAZ: Die Tageszeitung (Berlin), Regionalausgaben

zit. nach Zehn Jahre TAZ auf CD-ROM, 2.9.1986 bis 31.8.1996.

Termine des Autonomen FrauenLesbenReferates

ÖFFNUNGSZEITEN DER FRAUEN-BIBLIOTHEK / SPRECHZEITEN DER REFERENTINNEN:
jeden Montag 18:00 Uhr

OFFENE REFERATSSITZUNGEN:
jeden Montag um 18:00 Uhr

FEMINISMUSS-ARBEITSKREIS:
jeden 1. und 3. Montag des Monats um 19:00 Uhr
— Themen/Texte im FrauenLesbenReferat erhältlich —

FRAUEN-STAMMTISCH:
jeden letzten Montag des Monats ab ca. 21:00 Uhr im Café Ballon

TREFFEN DER ORGANISATIONSGRUPPE FINUT 1999 IN DARMSTADT:
alle 3 Wochen Mittwochs um 20:00 Uhr (7.10./28.10./18.11./9.12.)
— Ort/Raum-Info im Autonomen FrauenLesbenReferat erhältlich —

SCHREIBWERKSTATT "KREATIVES SCHREIBEN"
Wann: Freitag bis Sonntag (27.-29. November)
Teilnahmegebühr: 50,-DM — Anmeldung: AStA-Büro, FrauenLesbenReferat

WENDO-ANFÄNGERINNEN-KURS
Wann: Samstag/Sonntag (12./13. Dezember)
Teilnahmegebühr: 50,-DM — Anmeldung: AStA-Büro, FrauenLesbenReferat

Impressum

Herausgeber: AStA der Technischen Universität Darmstadt

Redaktion: Michael Enderlein, Reinhard Heil

Anschrift: Hochschulstr. 1, 64289 Darmstadt

E-Mail: rheil@hrzpub.tu-darmstadt.de

Druck: AStA-Druckerei

Auflage: 2500

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: Michael Enderlein

Ankündigung des Menschenrechtsreferates:

**1. INTERNATIONALE TAGE AN DER TU UND FH
DARMSTADT
— “UNTERDRÜCKTE HOCHKULTUREN” —**

19.10.(Montag), 18:30 Uhr, Glaskasten (Hochhaus), FH Darmstadt:

Eröffnung der Bilderausstellung “Menschenbilder” des kurdischen Künstlers Ilter Rezan (bis Freitag täglich von 10 bis 19 Uhr), durch Professor Axel Schmidt.

20.10.(Dienstag), 13:30 Uhr, auf der Wiese vor dem Glaskasten, FHD:

Eröffnung eines kurdischen Zeltes mit Folklore und Essensspezialitäten (bis Donnerstag 19 Uhr aufgeschlagen)

Dieses Zelt, ausgeschmückt mit Gegenständen, welche die jahrtausendealte kurdische Kultur darstellt, gibt einen sehr guten Einblick in die Verhältnisse einer Mesopotamien-Kultur.

21.10.(Mittwoch), 18:00 Uhr, Glaskasten, FHD:

Der kurdische Autor Haydar Isik liest aus seinem Buch “Der Agha aus Dersim”.

Das Buch beinhaltet einen niedergeschlagenen Aufstand gegen die türkische Okkupation 1938 in Nordwest-Kurdistan.

23.10.(Freitag), 19:00, Audimax, TU Darmstadt:

Konzert mit der kurdischen Musikgruppe Koma Amed, vorher Auftritt einer griechischen Folkloregruppe
Die Gewinne dieses Konzertes gehen an den Kurdischen Roten Halbmond, der auf verschiedenste Weise für die kurdischen Flüchtlinge tätig ist.

26.10.(Montag), 19:00, Glaskasten, FHD:

Vortrag eines Films und Infoveranstaltung mit Jamal Zakari (Vertreter der Befreiungsorganisation Polisario) über die Geschichte, Kultur und heutige politische Lage von West-Sahara.

26.10.(Montag), 11:00, Glaskasten, FHD:

Eine Fotoausstellung über die West-Sahara (bis Donnerstag abend) von medico international verschafft uns ein Bild über die Zustände im von Marokko besetzten Land.

28.10.(Montag), 19:30, Köhlersaal, Gebäude 11, TUD:

Tibet - ein Heimatfilm BRD 1997, 102 min, Rosa Mars Film

Charlotte Marsau und Katharina Rosa drehten 1997 in Tibet ohne Genehmigung eine Tibet-Trilogie, so daß diese der üblichen chinesischen Zensur des seit 1959 besetzten Landes sich entziehen konnte. Fernab üblicher Dokumentarfilme läßt der Film ausschließlich Bilder für sich sprechen - Bilder eines besetzten Landes, in dem die Besatzer durch Umsiedlungsmaßnahmen die Tibeter zur Minderheit im eigenen Land werden ließen. Die Regisseurin Charlotte Marsau wird wahrscheinlich anwesend sein und für Fragen zur Verfügung stehen.

Eintritt: 6,-DM (ermäßigt 4,-DM)

2.11.(Montag), 19:00, Glaskasten, TUD:

Vortrag über die Minderheit der Kopten in Ägypten, die heutigen Nachfahren der Pharaonen, mit einem Diavortrag. Die Kopten sind uns wenig oder gar nicht bekannt, obwohl sie vor 5000 Jahren eine große Hochkultur aufbauten. Nach dem arabischen Einfall konnten sie trotz des Drucks ihre Kultur beibehalten.

5.11.(Donnerstag), 19:00, Altes Hauptgebäude 11/123, TUD:

Vortrag und Film über die Tamilen und deren Geschichte, Kultur und heutige politische Lage.

6.11.(Freitag), 20:00, Glaskasten, FHD:

Internationaler Musikabend mit einer Gruppe aus Indien, Griechenland, Türkei, Afrika, Lateinamerika.

11.11.(Mittwoch), 20:30 Glaskasten, FHD:

Benefiz für Chiapas/Mexiko mit Universal Supersession

Das Besondere an Universal Supersession ist nicht nur das kultur- und religionüberschreitende Zusammenspiel von 6 Musikern aus 5 verschiedenen Ländern, bei der vor allem die groovige Verständigung sprachliche Barrieren überwindet, sondern auch die Auseinandersetzung und Weiterentwicklung von DRUM&BASS-Grooves. Diese lassen den Musikern viel Improvisationsfreiraum und versetzen die Zuhörer in Trance.

Mit dabei: Barry Sangare aus Mali (früher Frontman von Argile) und der Rapper und Gittarist Lamar Sowell (USA).

Die Gewinne der Veranstaltung gehen an Gesundheitsprojekte von medico international in indianischen Basisgemeinden in Chiapas (Mexiko).

Die Rolle der Kultur

Unser Planet ist einem unerbittlichen Schmerz und Leid ausgesetzt, überall herrschen Kriege, fließen Tränen und in jeder Region sind Menschen und ganze Völker mit einem Genozid konfrontiert. Kaum gibt es einen Ort auf dieser Welt, wo mehrere Völker zusammen frei in Ausübung ihrer Sprache, Religion, Ethnie, Tradition und Brauch leben. Intoleranz, Unnachsichtigkeit, Chauvinismus und Lieblosigkeit sind die neuen Merkmale dieser Welt.

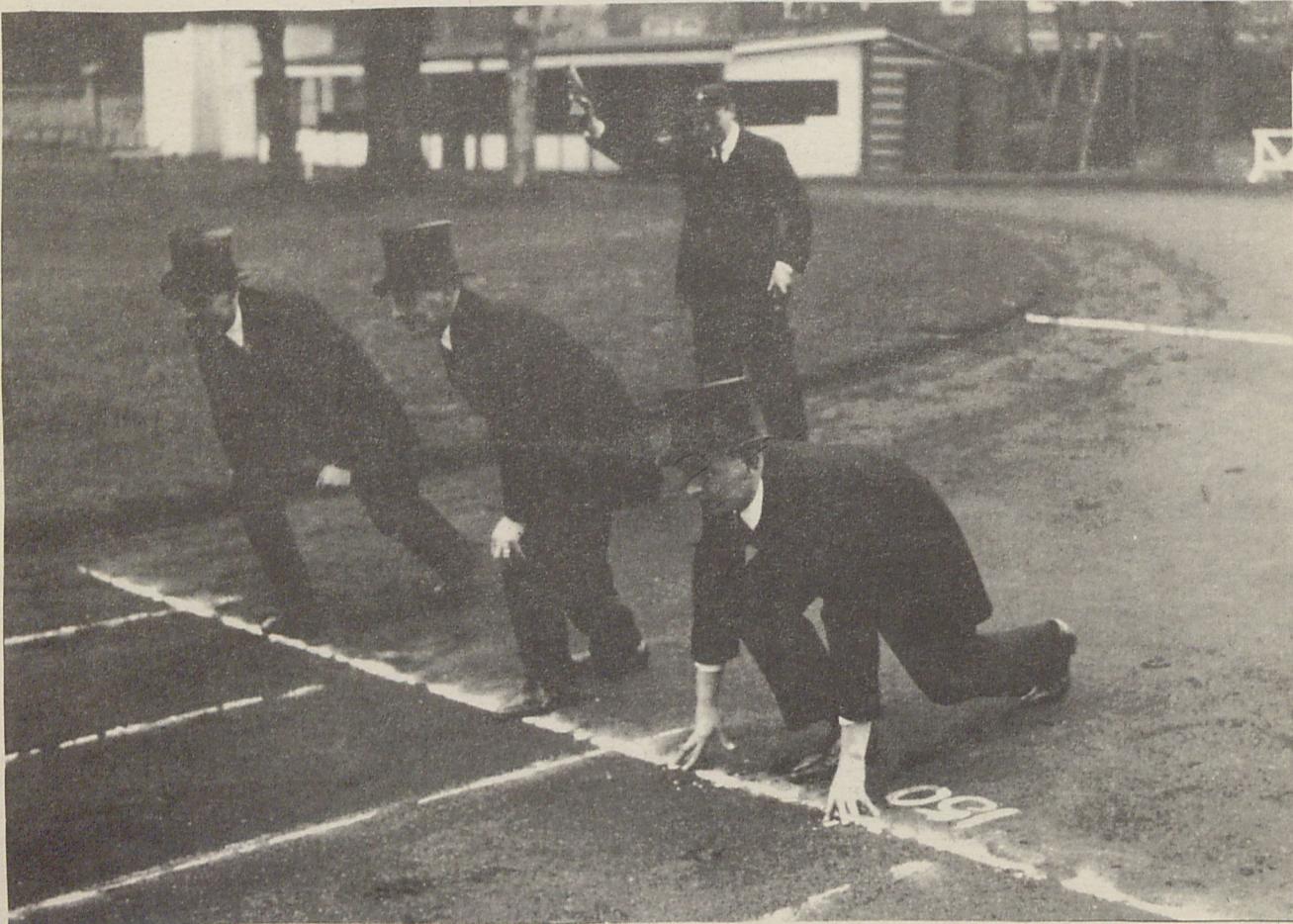
Die Kulturen werden heute ihrem Sinn entraubt, der eigentliche Charakter geht im heutigen Zeitalter verloren.

Kultur ist eine Quelle des Friedens, der Toleranz, der Gleichberechtigung und des Miteinanderlebens.

Kultur ist eine Brücke zwischen den Menschen.

Kultur und das Verständnis anderer verhindert Kriege, ethnische Auseinandersetzungen und Haß.

Verlieren wir nicht unsere Menschlichkeit, stellen wir uns alle zusammen gegen die Erosion unserer Kulturen, aber nicht mit unserer Gier und Leidenschaft, sondern mit unserem Herzen und Verstand.



Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan

**Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan.
Ich darf schon lang in keiner Zeitung schreiben,
die Mutter darf noch in der Wohnung bleiben.
Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan.**

**Der Greisler schneidet mir den Schinken an
und dankt mir, wenn ich ihn bezahle, kindlich;
wovon ich leben werd, ist unerfindlich.
Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan.**

**Ich fahr wie früher mit der Straßenbahn
und gehe unbehelligt durch die Gassen;
ich weiß bloß nicht, ob sie mich gehen lassen.
Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan.**

**Es öffnet sich mir in kein Land die Bahn,
ich kann mich nicht von selbst von hinnen heben:
ich habe einfach keinen Raum zum Leben.
Die Wahrheit ist, man hat mir nichts getan.**

(Theodor Kramer)

VV

Vollversammlung der Studierenden
5. November 1998, Audimax, 14 Uhr

Themen der Vollversammlung:

- Vorstellung des AStA und der neuen studentischen Initiativen (Fahrradwerkstatt, Lebensmittelinitiative Food Coop)
 - Hochschulgesetz(e)
 - Vorbereitung des 7. Darmstädter Diskussionsforums
-

AStA-Party

Party für ErstsemesterInnen (und alle anderen Studierenden)
im Schloßkeller

5. November 1998
Eintritt frei

Je Master, desto Bachelor

7. DDF

7. Darmstädter Diskussionsforum
26. November 1998, TUD, Hörsaal 31/08, 16 Uhr

Die Podiumsdiskussion beschäftigt sich mit der Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen an deutschen Hochschulen. Wo liegen die Chancen, wo die Risiken und wo wird das alles entschieden? Die TUD ist beteiligt an der Gründung eines Akkreditierungsverbandes für diese Abschlüsse, aber ist eigentlich schon klar, was Bachelor und Master genau bedeuten? Und sind wir die einzigen, die eine inhaltliche Studienreformdiskussion vermissen? Oder geht es doch nur um die Einführung von Kurzzeitstudiengängen, um die Unis leerer zu bekommen?

Die Organisation des Diskussionsforums und die Einladung der PodiumsrednerInnen geht von der Studierendenschaft aus.